

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Bestellgeld.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro 3spaltige Petitzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Ar. 36

Stuttgart, den 7. September 1901

17. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In Essen a. d. Ruhr ist eine Zahlstelle gebildet worden. Wann dieselbe Unterstützung bezogen werden kann, wird später bekannt gegeben.

2. Nachstehende Mitgliedsbücher werden, weil den betreffenden Inhabern abhanden gekommen, für ungültig erklärt. Dieselben sind bei eventuellem Vorzeigen einzuziehen und an Unterzeichneten einzusenden.

Nr. 8499	ausgestellt für	Wilhelm Meier.
= 12379	=	Otto Reiblinger.
= 14568	=	Fritz Schmid.
= 22744	=	Paul Mößke.
= 25422	=	Hugo Friedrich.
= 25673	=	Max Richter.
= 27127	=	Josef Tygerstrohm.
= 32367	=	Bertha Schulze.
= 35345	=	Bertha Mykät.

Das Buch Nr. 8499 ist mit der Invalidentkarte dem Kollegen Meier anscheinend gestohlen worden und steht zu erwarten, daß der Dieb die Unterstützung in Anspruch nehmen wird. Die Auszahlung werden deshalb zur größten Vorsicht gemahnt.

3. Bei Ausfertigung von Legitimationen und bei der Abgabe von Arbeitslosenunterstützung werden vielfach noch grobe Fehler gemacht, so daß die Annahme, es werde die Instruktion, welche in Plakatform — zum Aufzählen auf Papp- oder Leinwand bestimmt — allen Zahlstellen zugegangen ist, nicht beachtet, gerechtfertigt erscheint. Wir machen die betreffenden Funktionäre wiederholt darauf aufmerksam, daß das Verbandsinteresse es erfordert, die besagten Instruktionen wie auch die Bestimmungen im Mitgliedsbuch genau zu beachten.

4. Eine größere Anzahl Gau- und Zahlstellenbevollmächtigte hat von der neuen Agitationsbrochure „Mahnruf“ ihren Bedarf noch nicht bestellt. Da wohl in allen größeren Orten Gelegenheit zur Agitation für Gewinnung von Mitgliedern ist, sollte eine rege Beteiligung daran als eine selbstverständliche Aufgabe aller Mitglieder betrachtet werden.

Der Verbandsvorstand.
I. R.: A. Dietrich.

Aus dem Verbandsleben.

I.

Die Sommermonate brüden gewöhnlich auch dem Verbandsleben ein gewisses Gepräge auf. Schon der Umstand allein, daß während dieser Zeit die Arbeitsgelegenheit in allen unseren Branchen eine sehr ungünstige ist, läßt die Tätigkeit und Regsamkeit für die Organisation etwas erschaffen und größere Aktionen nicht aufkommen. Trotzdem und trotz der durch die Krise verursachten großen Arbeitslosigkeit, die sich allerdings in so eminenten Weise bei uns immer noch nicht fühlbar gemacht hat, wie in mancher anderen Industrie, kann dies von dem sich jetzt dem Ende zuneigenden Sommer nur in sehr eingeschränktem Maße gesagt werden. Auch zu

dieser Zeit war ein reiches impulsives Leben in unserem Verband zu spüren. So wollen wir einige der wichtigsten Ereignisse innerhalb unseres Verbandes einmal Revue passieren lassen, um daran etwa welche Betrachtungen zu knüpfen, die in Mitgliederkreisen vielleicht zum Nachdenken und zu weiteren Anregungen Veranlassung geben könnten. Vorangestellt mag dieser Besprechung zunächst eine kleine Uebersicht sein, über die Geschäftslage in den größeren Plätzen unseres Gewerbes, soweit uns eine solche bekannt geworden ist. Diese Zusammenstellung wollen wir uns bei unseren folgenden Betrachtungen stets vergegenwärtigen, weil dadurch manches Gesagte verständlicher und begreiflicher erscheinen wird.

Wie sehr die Arbeitsgelegenheit auf die Frequenz der Bevölkerung wirkt, zeigt z. B. Berlin. Während in den sechs Monaten Januar bis Juni 1900 die Zahl der nach Berlin zuziehenden Personen 113 400 betrug, belief sich dieselbe in dem gleichen Zeitraum dieses Jahres auf nur 107 300 Personen; ein Minus von 6100 Personen. Andererseits haben die Fortzüge bedeutend zugenommen. Für Januar bis Juni 1901 wurden rund 99 300 Personen als von Berlin fortgezogen gemeldet, für die gleiche Zeit des Jahres 1900 jedoch nur 91 000 Personen. Eine Verminderung der Zugänge war in Berlin zuletzt 1891 und 1892 beobachtet worden, die folgenden Jahre bis 1900 haben dann eine starke Vermehrung gebracht.

Trotzdem sind die Arbeitsnachweise von Arbeitssuchenden überfüllt. In unserem Gewerbe kamen in Berlin in den Sommermonaten auf 100 offene Stellen durchschnittlich 600 (243)* männliche und 262 (77) weibliche Arbeitssuchende. Besetzt wurden 81 (64) Stellen für männliche und 86 (52) für weibliche Arbeiter. Arbeitssuchende Personen hatten sich gemeldet 252 (170) männliche und 152 (94) weibliche. In unserem Nachweis sind gegenwärtig 140 männliche und 60 weibliche Arbeitslose eingeschrieben. Die Geschäftslage wird in allen Branchen als sehr flau bezeichnet, mit Ausnahme der Stuisbranche, in der etwas besserer Geschäftsgang zu verspüren war.

Leipzig weist zwar nicht entfernt die Zahl der am Orte arbeitslos Gemeldeten auf wie Berlin, trotzdem der Geschäftsgang dort ebenso schlecht ist. Das hat im Wesentlichen darin seinen Grund, daß fast alle Geschäfte mit verkürzter, theilweise sogar mit bis auf die Hälfte reduzierter Arbeitszeit arbeiten. Somit wird auch der auf der Tarifkonferenz gefasste Beschluß nicht aufrecht erhalten, demzufolge die Arbeitszeit nur um höchstens 160 Stunden im Jahr verkürzt werden darf. — Arbeitslos gemeldet waren im Juli 44 (15), August 49 (32), zugereist im Juli 27 (20), August 33 (19); dazu kommen 11 Gemäßregelte im Juli und 14 im August. An Unterstützung wurden in den zwei Monaten an Gemäßregelte und Arbeitslose insgesamt gezahlt 3410 Mk., davon 1381 Mk. aus lokalen Mitteln, in letzterer

* Die in Parenthese stehenden Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres.

Summe figuriren allein 418 Mk. als Zuschlag für Gemäßregelte und 668 Mk. für Verlängerung derselben an bewährte Kollegen.

Nach den Angaben des Städtischen Arbeitsamts für die Stadt Stuttgart, woselbst auch die Arbeit für unser Gewerbe vermittelt wird, hat die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre in unserem Beruf ganz erheblich zugenommen. Arbeitslos melbten sich im Juli 63 (23), Stellen vermittelt wurden 15 (14); im August melbten sich arbeitslos 103 (39), Stellen vermittelt wurden 9 (18). Interessant ist hierbei die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Höchstzeit variiert im Juli in diesem Jahre bei 6 Personen zwischen 1 bis 3 Monate, im August zwischen 2 bis 4 Monate. Arbeitslose Tage kamen auf den Einzelnen im Durchschnitt im Juli 17 Tage, im August 25 Tage. Hierbei sei vermerkt, daß die Angaben über die Dauer der Arbeitslosigkeit sich nur bis auf den Tag der Anmeldung beim Arbeitsamt beziehen, sie geben also kein absolutes, sondern nur ein relatives Bild. Nach den vom Arbeitsamt gemachten mündlichen Angaben fällt die Arbeitslosigkeit im Buchbindergewerbe am Orte in diesem Jahre besonders auf und wird anscheinend nur noch übertrifft von der in der Metallindustrie. Trotzdem scheint im Allgemeinen ein so schlechter Geschäftsgang wie etwa in Leipzig nicht zu sein, denn nur wenige Fabriken haben, und auch nur vorübergehend, den Betrieb eingeschränkt, vereinzelt mußte sogar in bringenden Fällen auf kurze Zeit Ueberzeitarbeit geleistet werden. Diese anscheinend im Gegensatz zu obigen frappanten Ziffern stehende Thatsache erklärt sich daraus, daß die Zureise nach Stuttgart in den Sommermonaten ziemlich stark ist, die sich zur jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit jedenfalls noch erhöht hat.

Neben diesen drei Hauptplätzen sei noch Dresden erwähnt mit seinen vielseitigen Industriezweigen. Dortselbst ist mit wenigen Ausnahmen der Geschäftsgang äußerst schlecht. Außer von zwei Buchdruckereien, woselbst auch Buchbinder beschäftigt werden, wird auch von einigen Kartenzabriken und zwei Tapfiseriegeschäften guter Geschäftsgang gemeldet, dergleichen scheint sich die Beschäftigung in der Kartonnagenindustrie in letzter Zeit etwas zu heben, sonst wurde auch hier in einigen Geschäften mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, und eine Geschäftsbücherfabrik reduzierte sogar ihr Personal von 20 auf 13 Personen. Auf dem Nachweis dafelbst arbeitslos gemeldet wurden im Juli 20 Personen, die insgesamt 47 Wochen beschäftigungslos waren, im August 17 Personen, die 33 Wochen arbeitslos waren.

Durch diese kurze Skizzierung der Arbeitsverhältnisse in den Hauptstädten gewinnen die Leser einen ungefähren Einblick in die überaus mitleidige Geschäftslage in unserem Gewerbe und Manches wird den Kollegen dadurch begreiflicher erscheinen.

In Berlin und Stuttgart sind auch in letzter Zeit keine erneuten Konflikte zwischen uns und den Unternehmern zu verzeichnen gewesen, hingegen war die Kriegslust einiger Leipziger Prinzipale wenig herabgemindert. Maßregelungen kommen dafelbst immer noch vor, und an Versuchen, Neuerungen

einzuführen, die dem Geiste der Tarifgemeinschaft zuwiderlaufen, hat's auch nicht gefehlt. Erinnert darf hierbei nur werden an die Einführung der Arbeitsordnung. So schwer nun auch die Leipzigener unter diesen fortgesetzten Mißthätigkeiten zu leiden haben, so ließ doch ihre ruhige Beurtheilung der Sachlage einen Ausstand wegen irgend einer Maßregelung nicht aufkommen. Nicht, daß den Leipzigern die nöthige Thakraft fehlte, aber der Erfolg wäre in Anbetracht der jetzigen Geschäftslage doch in einzelnen Fällen zweifelhaft gewesen; zudem wäre seit der Tarifvereinbarung ein fortgesetztes Streiken und Geplänkel nothwendig gewesen, das die Kräfte aufreißt, mit der Zeit lähmt und unlustig zu weiterer Organisationsarbeit macht. Um all dieses zu verhüten, wurde die Gemäßregelungenunterstützung erhöht.

In den weitaus meisten Fällen wird aber diesem Vorbilde der Leipziger gemäß nicht gehandelt. Im Allgemeinen sind die Kollegen nur zu leicht geneigt, bei der Maßregelung eines Verbandsmitgliedes insgesammt, oft ohne Rücksicht auf die Geschäftslage, ausständig zu werden. Das ist menschlich durchaus begreiflich, ob es aber vom Standpunkt der ruhig die gegenseitigen Positionen für den damit begonnenen Kampf Prüfenden klug ist, ist eine andere Frage. So unangenehm es sein mag, sich der Willkür des Unternehmers zu beugen, so können doch die Verhältnisse oft dazu zwingen, von einer Gegenwehr durch Arbeitseinstellung Abstand zu nehmen. Nicht, daß den Kollegen christliche Demuth und Lammesgebild gepredigt werden soll, aber der Erfolg ist in solchen Fällen fast immer sehr zweifelhaft, da naturgemäß der Fabrikant einen solchen Vorstoß wagt, wenn ihm die Zeit und die begleitenden Umstände dazu günstig erscheinen. Die Solidaritätserklärung mit dem Gemäßregelten ist gewöhnlich nur eine Augenblickserregung, die, je länger sich der Ausstand hinzieht, schwindet. Und da neben dem Idealismus auch in jedem Menschen ein mehr oder minder Stück Egoismus zu finden ist, so nimmt in solchen Fällen, wo nicht durch Lohnforderungen jeder Einzelne interessiert ist, das Interesse ab, die nicht ganz Sattelfesten, vielleicht einige Unorganisirten schleichen in die Werkstube und der Streik verliert sich so langsam im Sande.

Ähnliche, zum Theil gleiche Beobachtungen konnten auch wir in letzter Zeit in unseren Reihen machen. Den Ausständen in München, Bremen, Kottbus, Berlin und neuerdings auch in Konstanz gingen Maßregelungen einzelner Personen voraus. Konstanz schnitt günstig ab; hier war aber neben der Forderung auf Einstellung der Gemäßregelten

eine solche auf höhere Löhne verbunden; da die Werkstube mit ihren Lohnverhältnissen immer etwas nachhinkte gegenüber den anderen am Orte, so dürfte jetzt etwas mehr Einseitigkeit Platz gegriffen haben. Ihre gute agitatorische Wirkung für unseren Verband wird dieser Ausgang der Sache sicherlich nicht verfehlen. In Berlin ist der Ausgang des Ausstandes bei Neu zur Zeit noch nicht zu übersehen. In Bremen handelte es sich bekanntlich um eine Kartonnagenfabrik, woselbst neben einigen Arbeitern mit Arbeiterinnen, und zwar sehr jugendlichen, gerechnet werden mußte, die bei Ausbruch des Ausstandes erst einige Tage im Verband waren. Diese leicht erfahbaren Arbeitskräfte, die zumest mit Leichtigkeit von einem Beruf zum anderen übergehen, verfehlen bei einem Ausstand natürlich jede Einwirkung auf den Fabrikanten. Die Sache verließ im Sande. Schon bei anderer Gelegenheit trat die Zugehörigkeit der minderjährigen Arbeiterinnen zum Verband unangenehm hervor, und es wird jedenfalls bei passender Gelegenheit eine statutarische Bestimmung eingeschaltet werden müssen, die eine Altersgrenze zur Aufnahmefähigkeit festsetzt, ähnlich wie eine solche für die Arbeiter besteht. Kottbus, eine unserer jüngsten Zahlstellen, gerieth nach kurzem Bestehen schon in einen Konflikt mit der Firma Ente. Neben unseren Leuten waren auch daselbst die Buchbrüder an dem Ausstand theilhaftig. Das dort erscheinende konservative Organ tappte erst vorsichtig umher, um den Sachverhalt kennen zu lernen, später, als es durch den Augenschein in einer Versammlung, die nach seinem eigenen Zuständnis einen ruhigen und ordnungsgemäßen Verlauf nahm, belehrt wurde, daß der Ausstand berechtigt ist, und die aufgeführten Mißstände von dem in der Versammlung anwesenden Geschäftsvertreter nicht entkräftet werden konnten, vertrat es selbst bei den Forderungen der Arbeiter und hatte für die Firma selbst gerade keine Schmeicheleien. Das hatte aber keineswegs die Wirkung, daß die Firma in irgend einer Weise nachgab. Ist nun dieser Umstand schon nicht sonderlich geeignet, eine neue Zahlstelle erstarken zu lassen, so ist damit vereint ein anderes Vorkommniß geradezu geeignet, sehr nachtheilig auf neugeworbene Mitglieder zu wirken. Der dortige Kassier hat nämlich die für die Ausständigen bestimmten, sowie alle sonst verfügbaren Gelder in Höhe von rund 188 Mk. unterschlagen. Auf eine telegraphische Mitteilung von dort wurde auf demselben Wege dessen sofortige Verhaftung verfügt, wie denn in gleichen Fällen in Zukunft rücksichtslos gegen dergleichen Personen vorgegangen werden soll. Da der Betreffende wegen

gleicher Delikte schon mit 4½ Jahren vorbestraft ist und sich heute noch nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, so dürfte er eine hohe Strafe zu gewärtigen haben. Sein Vorleben war den Kottbusser Kollegen nicht bekannt. — In Leipzig bei Schläitz hatte es erst den Anschein, als könnte es zum größeren Ausstand kommen, es handelt sich jetzt nur um die Unterstützung einiger Gemäßregelter. Ueber die Sache selbst sind die Leser unterrichtet, da wir von Leipzig aus (das sei hier Lobend hervorgehoben) in solchen Fällen immer gut unterrichtet werden.

So wirken einige Kämpfe in den kleineren Städten nicht besonders ermutigend und sie verfehlen meist nicht ihre üble Nachwirkung auf die Zahlstelle selbst, auf die am Orte unseres Berufs Angehörigen, sogar auf andere Berufsclassen. Nur zu leicht sind diese geneigt, aus einem verloren gegangenen Streit allgemeine Schlüsse zu ziehen auf die Organisation, und für die Unorganisirten ist es ein Grund mehr, ihr Fernbleiben von der Organisation mit der leeren Ausrede und dem Hinweis darauf zu motiviren, „daß die Organisation ja doch nichts erreichen könne und die Zugehörigkeit somit keinen Zweck habe“. Diese Schlussfolgerungen werden gezogen ohne genaue Kenntniß der Dinge, ohne zu beachten, ob ein Streit zu richtiger Zeit, in vernünftiger Art und unter günstigen Verhältnissen begonnen wurde. Schon um deswillen, um den Verband nicht in Mißkredit zu bringen, um ferner aber auch die jahrelange, mißbevolle Arbeit nicht mit einem Schläge vernichtet zu sehen, erwächst den Leitern der kleinen Zahlstellen die Pflicht, doppelt vorsichtig zu sein. Sie haben in dieser Beziehung schwerer zu thun, wie die Großstädter; für diese bleibt ein am Orte verloren gegangener Werkstubenstreik ohne besonderen Einfluß auf die Zahlstelle, während an kleineren Orten oft die Existenz der Zahlstelle dadurch bedroht wird und auch die Muthlosigkeit auf andere Berufsangehörige sich erstreckt. Wenn dann in zweifelhaften Fällen die Verbandsleitung zur Vorsicht mahnt und mit der Zustimmung zu einem Vorgehen zurückhaltend ist, so vermeinen die kleinen Städte, sie sollen zurückgesetzt werden, sie zahlen nur ihre Beiträge für die Großstädte. Gewiß wird von Seiten der Verbandsleitung, wie auch der Großstädter nichts sehnlicher gewünscht, wie ein kräftiges Nachrücken der Kleinstädte, das namentlich im Interesse der Letzteren gelegen ist. Aber man vermeide ein ungeschicktes Vorgehen, lasse möglichst nicht eine Maßregelung zum Anlaß eines Ausstandes werden, schmeiße die Arbeit nicht Hals

Als Wanderbursch.

Reisebilder von W. Sch.

(Schluß.)

VIII. Brief.

Es ist nach dieser Abschweifung Zeit, den Faden unserer Reisebilder wieder aufzunehmen. Wir sind mittlerweile in Dels, einer kleinen Garnisonstadt mit ländlichem Charakter, angelangt und fahren, ohne Besonderes zu beobachten, weiter nach Kempen, einer Stadt mit echt polnischem Aussehen. Es fängt hier das an, was man in Thüringen mit „polnischer Wirtschaft“ bezeichnet.

Von Kempen ging ich bis Wilhelmobrück und wechselte meine paar Mark deutschen Geldes um, überschritt dann die russische Grenze und kam Abends in Lututoff an. Den Rubel mußte ich mit einer Mark achtzehn Pfennig bezahlen, obgleich er nur mit einer Mark fünfzehn Pfennig im Preise stand. In Rußland wird Alles zum Geschäft. Sogar die Briefmarken müssen in einem Laden theurer bezahlt werden als auf der Post.

An der Grenze liegen Soldaten, die den Fremden nach Paß oder Grenzarte fragen. Einige hundert Schritte von der Grenze gelangt man zur Zollwache, wo der Paß ebenfalls von den außenstehenden Soldaten nachgeprüft wird. Nun erst steht der Weg zum Zollbureau offen. Name, Stand und so weiter wird von einer Beamtin gebucht. Meine Sachen wurden nicht so peinlich nachgesehen, wie ich es vermutete. Die Grenzwächter suchten hauptsächlich nach neuen Waaren

ober deutschen Zeitungen; einige Fachschriften, die ich bei mir hatte, konnte ich behalten — ein paar Exemplare des „Jenaer Volksblatt“ rutschten so mit durch.

Schon an der Grenze und in dem ersten russischen Ort Wieruszow genießt man die Signatur von Russisch-Polen. Die Straßen gleichen Düngerhaufen, die Häuser sind aus vier Zentimeter starken Brettern erbaut, um die Fenster und Thüre herum weiß getüncht und mit Stroh bedeckt. Aus einem Tische, einer Bank, auch schließlich einem zusammengeknagelten Schemel und zu allem Ueberflus vielleicht auch noch einem Stuhle setzt sich das ganze Mobiliar zusammen. Das war die Ausstattung einer Wirtschaft, sagen wir Speisehaus. Aber wo die Leute andere Beschäftigung haben, ist ein Raum zu gleicher Zeit Küche, Schlaf- und Wohnstube.

Das Gros der Bevölkerung, namentlich an der Grenze, setzt sich aus Juden zusammen, die ganz in ihre Umgebung passen. Die Kleidung besteht beim Mann aus Hose, Weste, einem langen Mantel, langen Stiefeln und einer schwarzen, flachen Mütze. Der Jude ist hier Handwerker, Landwirth, Kaufmann, häufig auch Fuhrmann, jetzt aber einer regelmässigen Thätigkeit, wie sie das Handwerk mit sich bringt, das freiere Schächerleben vor. Ich sage es offen: die Kleidung konnte mir nicht gefallen; aber abgesehen davon, wenn sie nur wenigstens sauber wäre! So aber ist das Gegenheil der Fall. Der lange, meist vorn ganz zugeknöpfte Mantel glänzt von Weitem „wie Speckschwarte“. Fast konnte man glauben, es sei Kammergarnstoff, denn es ist bekannt, daß derselbe nach längerem Tragen glänzt; betrachtet

man aber ein solches Kleidungsstück in der Nähe, so gewahrt man, daß der Glanz in Wirklichkeit nichts als Dreck ist. Und das ist sehr erklärlich, denn der Mantel ist zu gleicher Zeit Taschentuch, Handtuch, Topflappen, und wer weiß, was sonst noch.

So sind die Männer; von den Frauen möchte ich am liebsten schweigen, aber damit ich nicht in den Verdacht komme, mich bei denselben einschmeicheln zu wollen, sei kurz gesagt: sie übertreffen die Männer noch an Schmutzigkeit und Schlamperei. Von Ausnahmen, die es überall giebt, Abstand genommen, habe ich aber noch nie so schöne, bildhübsche Juden und Jüdinnen gesehen, als hier in Russisch-Polen.

Ein Vorzug, der besonders dem Juden eigen ist, ist seine Sprachkenntniß; die Meisten sprechen russisch und deutsch, alle aber polnisch und hebräisch. Und wer, wie ich, von der russischen und polnischen Sprache keine blasse Ahnung hat, wird froh sein, wenn er unter solchen Umständen eine gute Stütze findet.

Die Billigkeit der Lebensmittel ist auffällig. So kostet zum Beispiel ein gelocktes Ei 2 Kopeken, ein Pfund Fleisch 15 Kopeken, ein Liter Milch 5 Kopeken. Ein Kalb, das ausgeschlachtet vielleicht 40 bis 50 Pfund Fleisch gab, sah ich mit 4 Rubel 40 Kopeken verkaufen. — Auch das Fahren auf der Eisenbahn ist erstaunlich billig. Für eine Strecke, die reichlich drei Tagereisen zu Fuß beanspruchten würde, zahlte ich 37 Kopeken; für eine andere Strecke von ungefahr derselben Länge aber 60 Kopeken; auf welchem Betrug diese Differenz der Fahrpreise beruht, habe ich nicht genau erfahren

über Kopf hin, ohne eine Verständigung mit dem Prinzipal versucht zu haben, und veräußere vor Allem nicht, die Zustimmung des Verbandsvorstandes einzuholen; die Arbeitsniederlegung kommt gewöhnlich nach ein paar Tagen immer noch zurecht.

Für den jetzigen Herbst war ja ein Vorgehen in den kleineren Städten in Aussicht genommen. Die augenblickliche Geschäftslage läßt ein solches Vorhaben zur Zeit nicht aufkommen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß in einigen Wochen sich das Geschäft etwas belebt und somit ein Vorgehen ermöglicht. Wo die Verhältnisse und Zustände eine solche Möglichkeit zulassen, dürfte mit den in aller Eile vorzunehmenden Vorarbeiten begonnen werden; unter keinen Umständen aber veräußere man die rechtzeitig Anmeldung an den Verbandsvorstand.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

In dem bekannten sozialpolitischen Sammelwerk: „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“, 18. Bd., 5. und 6. Heft, finden wir eine Arbeit des bekannten Nationalökonom Georg Schanz-Würzburg, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bekannt seine wertvolle Darstellung der deutschen Gesellenverbände im Mittelalter. Die neueste Arbeit dieses Sozialstatistikers beschäftigt sich mit der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung. Im gegenwärtigen Augenblick, da wir wieder in so schlimmer Weise unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, ist die Abhandlung Schanz' doppelt interessant für uns. Wenn wir sie freilich genauer in ihren Vorschlägen — und diese sollen uns hier ausschließlich beschäftigen — betrachten, dann sehen wir wieder, wie selbst die den Arbeitern durchaus wohlwollenden bürgerlichen Sozialpolitiker kein Mittel wissen, wie „der Hydra die Häupter abzuschlagen“ wären. Es giebt schließlich nur ein wirksames Mittel, das ist: die Regelung der Produktion. In die Betretung dieses Weges ist aber so lange nicht zu denken, wie es nicht den Gewerkschaften gelungen ist, dem Arbeiter beim Verkauf und bei der Anwendung seiner Waare Arbeitskraft diejenige Machtstellung zuzuwenden, die ihm gebührt und zugleich der tollen Ueberproduktion von heute dadurch ein Ende zu machen, daß die Eigentümer der Produktionsmittel gezwungen werden, sich nach Angebot und Nachfrage zu richten.

Unter den Vorschlägen, die der Statistiker Schanz macht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, begehnen wir zunächst dem Verlangen, unter allen Umständen Kündigungsfristen gesetzlich zu machen, so daß mindestens acht Tage vor Lösung des Arbeitsverhältnisses gekündigt werden muß. „Hier stoß ich schon!“ Wären längere Kündigungsfristen ein Damm gegen die Arbeitslosigkeit, dann müßte es im Handelsgewerbe, im häuslichen Beruf, in der Land- und Forstwirtschaft mit

den langen Kündigungsfristen gar keine Arbeitslosigkeit geben. Doch die Thatsache, daß sie hier ebenso stark grassirt, zeigt am Besten, wie wenig eine verlängerte Kündigungsfrist das Verhältnis zu Gunsten des Arbeiters zu verschärfen vermag. Das Gleiche läßt sich von der Einführung von Lehrlingsstellen sagen, denen Schanz das Wort redet. Auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter streben sie an, aber nicht in der Voraussetzung, daß damit etwas Wesentliches gegen die Arbeitslosigkeit geschähe. Vielleicht vermag sie mit dazu beizutragen, die Arbeitslosigkeit bei den gelernten Arbeitern zu verringern, bei den ungelerten wird sie desto größer sein und da doch die Reihen der ungelerten sich vielfach aus denen der ungelerten Arbeiter ergänzen, so würde der praktische Erfolg der Maßnahme ziemlich unsicher sein.

Die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung auf 60 Jahre betrachtet Professor Schanz als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Gewiß ist, daß dies eine sozialpolitisch notwendige Maßregel ist, die längst durchgeführt sein sollte. Sie würde auch bewirken, daß sich solche alten Arbeiter, die ja ohnehin nicht mehr den Lohn des jungen Kollegen erzielen, eher aus dem Produktionsleben zurückziehen. Doch wie viele Arbeiter haben denn noch das Glück, 60 Jahre alt zu werden in einer Zeit, da durch die kapitalistische Ausbeutung das Durchschnittsalter des Arbeiters sich beständig verringert. Die Zahl der durch solches Mittel aus der Produktion Auscheidenden fällt so wenig in die Waagschale, daß sie ebenfalls an dem schrecklichen Uebel der Arbeitslosigkeit nichts ändert.

Nun regt Professor Schanz weiter als wirksames Mittel die Internierung der Bettler, „Vagabunden“ und mit Defekten moralischer, geistiger und anderer Art behafteten Arbeiter in Anstalten an. Es scheint uns denn doch sehr bedenklich, durch die Ausbeutung der Gesetzgebung der herrschenden Klasse ein solches Machtmittel an die Hand zu geben, welches leicht gegen die Arbeiterklasse selbst gebraucht werden kann. Dann erscheint uns das Ganze überhaupt als eine höchst überflüssige Härte, deren Nutzen sehr fragwürdig ist. Gerade die Internierung der Opfer der heutigen Produktionsweise oder der gesellschaftlichen Zustände in Anstalten, heißt doch sie zu planmäßiger Arbeit organisieren, so daß ihre Tüchtigkeit auf den Arbeitsmarkt drücken wird, wie die Gefängnisarbeit auf die Waarenpreise und Löhne in gewissen Gewerben.

Schanz denkt auch zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit an Arbeiterkolonien und Verpflegestationen. Da wäre er ja glücklich auf das Mittel der saften Tugend und zahlungsfähigen Moral gelangt, die dergleichen Gründung seinerzeit ausschrieben als Lösung der sozialen Frage. Wir glauben aber nicht, daß irgend ein arbeitsloser Proletarier Lust empfinden würde, für die Zeit bis zum Nachweis einer Berufsarbeit in eine Arbeiterkolonie oder eine Verpflegestation zu gehen. Und

selbst wenn hierzu bei der Menge der von dem Elend der Arbeitslosigkeit Betroffenen Neigung bestehen sollte, so würde sich nur allzu bald zeigen, daß sie in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit, wo sie doch am Notwendigsten wäre, der Nachfrage nicht halbwegs genügen könnten.

Besser steht es schon um den Schanz'schen Vorschlag von Nothstandsarbeiten. Staat und Gemeinden haben so viele unerfüllte Kulturaufgaben, Kulturarbeiten, daß es auch für sie selbst von Vortheil wäre, wenn sie in Perioden großer Arbeitslosigkeit mehr als bisher Nothstandsarbeiten vornehmen ließen. Es ist dies auch eine alte Forderung der Gewerkschaften und in allen von den Gewerkschaftskartellen der einzelnen Orte veranstalteten wintertlichen Arbeitslosenversammlungen wird die Forderung von Nothstandsarbeiten erhoben. Doch ist es klar, daß in Zeiten großer Arbeitslosigkeit die den Gemeinden zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen und weiter auch die Massen der Arbeitslosen nur dann durchgreifend beschäftigt werden können, wenn von Staatswegen umfassende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der kapitalistisch-militaristische Staat hat aber so viel Geld für seine kulturwichtigen Zwecke nötig, daß ihm für Nothstandsarbeiten nichts zur Disposition bleibt. Es bleibt also gar nicht nötig, zu prüfen, ob die Meliorations-, Baulen- und sonstigen Arbeiten, die als Nothstandsarbeiten in der Regel vorgenommen werden, dem Goldarbeiter, dem Uhrmacher, dem Buchbinder, dem Kunstschreiner als eine Lösung der Arbeitslosenfrage erscheinen werden.

Damit haben sich die Schanz'schen Vorschläge erschöpft und es bleibt uns noch ein Blick auf den Arbeitsnachweis. Obwohl Professor Schanz bemessen mehr als 60 Seiten widmet, muß er doch zugeben, daß derselbe in seiner gegenwärtigen Organisation nur zu Zeiten Bedeutung hat, in denen wirklich Nachfrage nach Arbeit vorhanden ist, während er tot daliegt, wenn der Ueberschuß freier Arbeitskräfte sich stark über die Nachfrage vergrößert. So weiß denn Professor Schanz im Grunde genommen auch nicht ein wirksames Mittel anzuführen, welches sich fähig erwiese, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Das aber muß den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zeigen, wie sie bei ihrem Streben auf Besserung der Lage der Arbeiterklasse vollständig auf sich selbst angewiesen sind. Die ganzen bürgerlichen Sozialpolitiker, selbst so wohlmeinende Leute wie Professor Schanz, betrachten die Frage viel zu sehr vom Standpunkt bürgerlicher Wohlthätigkeit, die mit einigen Geschenken auf der Grundlage schon bestehender Einrichtungen die Arbeiterforderungen glauben erfüllen zu können. Deshalb wird sie diese für den werththätigen Arbeiter brennende Frage auch nicht lösen. Dies kann nur der Arbeiter-sozialpolitiker der Gewerkschaften gelingen, die unablässig, theils durch den Ausbau ihrer Organisationen selbst, theils durch Einwirkung auf die Reichsgesetzgebung dem Ziele näbertreten, die Existenz der Arbeiter sicherer zu gestalten.

können. Wer billig fahren will, muß immer nach dem „billigen Zug“ fragen. Auch kann man Fahrkarten von jüdischen Händlern kaufen und zwar immer etwas theurer als an den Schaltern.

Hierbei möchte ich noch ein Kuriosum erwähnen. Auf den deutschen Landkarten ist von Kempen aus eine Eisenbahnverbindung nach Lobz angegeben, die aber gar nicht existirt; es verkehren indessen von Stadt zu Stadt Fuhrwerke, mit welchen man verhältnismäßig billig mitfahren kann. Wie kostete die Fahrt auf diese Weise von Lututoff aus 1 Rubel 20 Kopeken. Direkte Bahnverbindungen von Deutschland nach Rußland existiren nur von Thorn und Kattowitz aus, oder Schiffahrtswegen von der Nord- und Ostsee nach Riga und Petersburg.

Die Orte, welche ich vor Lobz berührte, will ich nicht einzeln nennen, weil sie klein und unbedeutend sind. Lobz aber ist eine große Fabrikstadt. Von Babianice nach Lobz fährt man für 17 Kopeken circa drei Viertelstunden lang auf der elektrischen Straßenbahn. Man gewahrt auf der Fahrt schon große Fabriken, meist der Textilindustrie angehörig. Es giebt Fabriken, in denen 3000 bis 4000 Personen beschäftigt sind. Lobz zählt ungefähr 300 000 Einwohner, die Straßen sind mit Holz gepflastert, die Trottoire bestehen aus Zement. Die Bevölkerung setzt sich aus Juden, vorwiegend Polen und aus einem ziemlich hohen Prozentsatz Deutscher zusammen. Das Straßenbild in Lobz gleicht dem einer deutschen Großstadt, nur mit dem Unterschied, daß es durch zahlreiche herumlungernde, heruntergerissene, schmutzige Menschen ein widerliches Aussehen erhält. Die

wirtschaftliche Lage leidet auch hier unter der gegenwärtigen Depression.

Tropdem der deutsche Arbeiter hierzulande gesucht ist und die besten Löhne erzielt, war es mir nicht möglich, Arbeit zu erhalten. Deshalb fuhr ich weiter nach dem Fabrikort Ruda-Sufowsta. Ruda-Sufowsta heißt eigentlich nur die kleine Bahnhafstation, der Ort hingegen Scirardow. Es besteht hier eine große Baumwollspinnerei, die über 5000 Arbeiter beschäftigt. Auch hier konnte ich keine Arbeit finden und fuhr nun nach Warschau.

Warschau besitzt einen weltstädtischen Charakter: es ist einfach großartig! Diese schönen, breiten Straßen, diese herrlichen Bauten, der riesige Verkehr zu Wasser und zu Land — kurz Alles, als wäre man in Berlin. Unter allen Bauten nehmen die Kirchen, namentlich die katholischen, den ersten Platz ein. Wenn auch alle möglichen Stilarten vertreten sind, so geben doch die edel russischen Bauten mit den zwiebelbelformigen Thürmen den Ausschlag. Eine noch im Bau befindliche Kirche weist einen kolossalen Thurm und vier etwas kleinere solcher Zwiebelthürme aus gelblichem Glas auf, die, von der Sonne beschienen, wie pures Gold glitzern.

Russisch-Polen, Warschau inbezugnehmend, ist fanatisch religiös — orthodox bis an die Zähne, gleichviel ob Jud oder Christ. Zu jeder Tageszeit sieht man Juden ihre Gebete murmeln, sei es in öffentlichen Lokalen, sei es auf der Eisenbahn oder auf der Straße. Ein schwarzes, viereckiges, kleines Kästchen auf die Stirn gebunden, oder die Aermel aufgerafft und einen Riemen

um den Arm gewunden, ein Gebetbuch aus dem Schoß oder in der Hand, geht das Gemummel los. Die Katholiken machen es nicht weniger auffällig, sie knien — selbst um Mitternacht konnte ich das beobachten — vor der Kirche, knien sich unter einander oder den Pfarrer, Bischof und so weiter die Kleider oder Hände und malträtieren ihren Rosenkranz, wie die kleinen Kinder ihr Spielzeug. Da, wo die Finsterlinge ihr Wesen treiben, steht es auch nicht an Klöstern und Stiften. Auf einem Bahnhofs sah ich einmal eine ganze Masse solcher Ordensschwwestern, die zu irgend einem religiösen Zwecke nach einem mir unbekanntem Orte fuhrten; unter alten Negistern mit verblissenen, beinahe gefähigen Gesichtszügen und blauen Furchen um den Augen befanden sich junge, hübsche Menschenblüthen mit traumhaft schimmernden Augen. Angefächelt solcher sinnberiebenden Exerzitien dieser Konfessionen und Sekten empfindet man den nüchternen Protestantismus wie eine Wohlthat.

Auch in Warschau war es mir unmöglich, Arbeit zu erhalten und weil meine letzten Mittel erschöpft waren, wandte ich mich an das deutsche Konsulat mit der Bitte, mir das Reisegeld bis zur deutschen Grenze zu verahsorgen. Ich war der naiven Meinung, daß die Konsulate zu einem solchen Zwecke Gelder zur Verfügung hätten. Ich wurde bald eines anderen belehrt; auf mehrfaches Bitten erhielt ich aber doch aus privaten Mitteln, wie man mir sagte, drei Rubel. Nach entschlossen, setzte ich mich auf einen Dampfer und fuhr bis in die Nähe der deutschen Grenze. Ich wußte von vornherein schon, daß ich an der Grenze mit dem Paß

Zwar ist diesem Streben die gegenwärtige Zeit nicht günstig. Gegenwärtig haben die Arbeiter zu büßen für die Sünden des kapitalistischen Systems, seiner Ueberproduktion, seiner mörderischen Konkurrenz. Furchtbar wirkt die Krise. Geschlossene Fabriken, eingeschränkte Produktion, ausgeblafene Höchsten in Westfalen und Oberschlesien, Sorgenpaniken, Bankrotte, gesteigerte Arbeitslosigkeit, Sorge und Angst der kapitalistischen Presse, das sind die Epure, welche die Krise hinterläßt. Und diese Krise wird Hunderttausende von Arbeitern zum Hunger zwingen, während das Ausbeutertum der großen Landwirtschaft und der Großindustrie durch den neuen Zolltarif noch Millionenvorteile mit gierigen Händen erhaschen kann. Vielleicht aber hat diese Krise mit ihren furchtbaren Wirkungen doch das Gute, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mehr als bisher in den Vordergrund zu rücken. Allen Anschein nach wird diese Krise sich über mehrere Jahre erstrecken; kommt dann auf sie eine neue Periode guten Geschäftsganges, so treten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in sie vielleicht mit Erfahrungen und mit festen Zielen des Strebens ein, die hinausgehen über all die gehörten bürgerlichen Vorschläge und die das schreckliche Elend der Arbeitslosigkeit wenn auch nicht gänzlich aufheben — denn dies dürfte in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht möglich sein — so doch durch zweckentsprechende Einrichtungen so viel als möglich bessern und mildern.

X. Y. Z.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900.

I.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat im letzten Jahrzehnt des verfloffenen Jahrhunderts nach kurzen Rückgang einen Aufschwung zu verzeichnen gehabt, den selbst ihre kühnsten Optimisten nicht erwartet hätten. Zu derselben Zeit, als ihre Mitgliederzahl in Folge der unaufrührlichen Schläge der Wirtschaftskrisis den Tiefstand erreicht hatte, wurde ihr unter Hinweis auf die fortschreitende Konzentration der Industriebetriebe ein baldiges Ende prophezeit, und nicht Wenige blickten damals düster in die Zukunft. Aber vom Aufgegebenen gilt das Gleiche, wie vom Todtgesagten; sie haben gewöhnlich ein zähes Leben. Auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat die Krisis bald siegreich überwunden, und kennzeichneten schon die in den letzten 4 Jahren veröffentlichten alljährlichen Statistiken der Generalkommission der Gewerkschaften stetige Fortschritte, so kann auch die foeben in Nr. 34 des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission erschienene Statistik für das Jahr 1900 dieses Gefühl der Befriedigung und des berechtigten Stolzes nur steigern. Hat doch das verfloffene Jahr den modernen Gewerkschaften nicht bloß einen neuen Zuwachs von nahezu 100000 Mitgliedern gebracht, sondern auch ihre finan-

zielle Leistungsfähigkeit ganz wesentlich verstärkt. Während im Jahre 1899 in 55 auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbänden 530 473 Mitglieder organisiert waren, berichtet die neueste Statistik für 1900 von **680 427 Mitgliedern in 58 Organisationen**, und seit dem Jahre 1893, das mit 223 530 Gewerkschaftsmitgliedern den tiefsten Stand aufwies, hat sich die Mitgliederzahl sogar verdreifacht.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht diese Entwicklung der Gewerkschaften seit dem Jahre 1891, dem Zeitpunkt der ersten regelmäßigen Statistik. Zum ersten Male können wir auf eine zehnjährige ziffernmäßige Uebersicht über die Gewerkschaften zurückblicken. Sie zeigt, wie bereits bekannt, bis zum Jahr 1893 einen Rückgang an Mitgliedern und von da ab einen stetigen Fortschritt der Mitgliederzahl. Im Berichtsjahre betrug die Zunahme 99 954 oder 17,21 Proz. Die Zahl der Organisationen ist um 3 gestiegen; neu angegeschlossen hat sich der Verband der Rauchwarenzüchter (Kürschner), während die Verbände der Fleischer und Masseure erstmalig in der Statistik geführt sind.

Jahr	Bezirke-organisationen	Mitgliederzahl	Davon weibliche Mitglieder	In Totalver-einen	Zusammen	Verlust der Bergarbeiter-organisationen
1891	62	277659	—	10000	287659	13000
1892	56	237094	4355	7640	244734	29700
1893	51	223530	5384	6280	229810	26526
1894	54	246494	5251	5550	252044	194
1895	53	259175	6697	10781	269956	11801
1896	51	329230	15265	5858	335088	—
1897	56	412359	14644	6803	419162	—
1898	57	493742	13481	17500	511242	—
1899	55	580473	19280	15946	596419	—
1900	58	680427	22844	9860	690287	—

Erfreulich ist zwar der seit 1898 stetige Zuwachs an weiblichen Mitgliedern, die sich von 13 481 auf 19 280 und 22 844 vermehrten. Indes ist diese Zahl noch immer äußerst gering gegenüber der großen Zahl unorganisierter Arbeiterinnen, und je mehr die weiblichen Arbeitskräfte Eingang in der Industrie finden und von ihrer Teilnahme an gewerkschaftlichen Bestrebungen die Aktionsfähigkeit der Organisationen abhängig ist, desto dringender erweist es sich als notwendig, die Arbeiterinnen in stärkerem Verhältniß für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Zahl der Mitglieder lokaler Gewerkschaften, soweit sie sich zur modernen Arbeiterbewegung zählen, weist seit dem Vorjahre einen Rückgang von 15 946 auf 9880 auf, in der Hauptsache herbeigeführt durch den Anschluß der lokalen Handelshilfsarbeitervereine an den Zentralverband dieses Berufes.

Außer diesen Organisationen giebt es noch drei Gruppen von Organisationen gewerkschaftlichen Charakters. Die deutschen (Eisch-Dunckersehen) Gewerksvereine zählten im Berichtsjahr 91 661 Mitglieder (gegen 86 777 im Jahre 1899); ihre Zunahme beträgt nur 5,62 Proz. Die christlichen Gewerkschaften, die zum Entsetzen ihrer bürgerlich-geistlichen Begründer und Berater in ihrem Wirken immer gewerkschaftsähnlicher werden, umfassen nach einer von der Zentralkommission derselben im Juni d. J. veröffentlichten Statistik in 35 Organisationen 159 770 Mitglieder (gegen 112 160 im Vorjahre). Bei dieser angeblichen Zunahme um 47 610 ist aber zu berücksichtigen, daß diese Statistik zwei im vorigen Jahre als „unabhängig“ gezählte Organisationen umfaßt (Siegerländer G.-B. christlicher Bergarbeiter und Verein oberschlesischer Arbeiter) mit 10 200 und 15 004 Mitgliedern. Rechnet man daher die tatsächliche Zunahme mit 22—25 000 Mitgliedern, so ist dies angesichts der diesen Organisationen zu Gebot stehenden Agitationsmittel und der großen Zahl kirchlich beeinflusster Arbeiter durchaus kein glänzendes Ergebnis.

Noch weniger bedeutungsvoll erscheinen die christlichen Gewerkschaften, wenn man berücksichtigt, daß nur 78 664 ihrer Mitglieder dem Gesamtverband angehören, während 12 Organisationen mit 81 106 Mitgliedern abseits stehen. Auch zeigen die von diesen Gewerkschaften erhobenen minimalen Beiträge (50 Pf. jährlich im Minimum und 20 Pf. wöchentlich im Maximum), daß den meisten dieser Organisationen die finanzielle Grundlage fehlt. Wirkt aber die dort betriebene Agitation für Beitragserhöhung erfolgreich und fahren die Unternehmer in der Bekämpfung derselben fort, so wird der Gewerkschaftsgedanke darin fortwährend neue Nahrung erhalten und diese Arbeiterkreise den modernen Gewerkschaften näher führen. Endlich kommen als letzte Gruppe noch jene unabhängigen Organisationen in Betracht, die mehr oder weniger gewerkschaftliche Aufgaben haben. Die Generalkommission ermittelte 21 derselben mit 53 717 Mitgliedern. Die gesammelten Gewerkschaften Deutschlands umfassen also die folgenden Gruppen:

Organisationen	Mitgliederzahl		Prozentverhältnis der Mitgliederzahlen	
	1899	1900	1899	1900
Gewerksch. Zentralverb.	530473	680427	67,15	68,35
Lokale Vereine	15946	9860	1,86	1,01
G.-D. Gewerksvereine	86777	91661	10,04	9,20
Christl. Gewerkschaften . . .	112160	159770	12,97	16,05
Unabhängige Vereine	68994	53713	7,98	5,39
Zusammen	864350	995435	100,0	100,0

Die Mitgliedsziffern der unabhängigen Vereine sind als Minimalziffern zu betrachten, da über

Schwierigkeiten haben würde und versuchte deshalb auf gut Glück durchzukommen. Der Paß muß nämlich bei der Rückreise ebenfalls visirt sein. Will man aber den Paß visiren lassen, so muß man vorher polizeilich angemeldet sein und beides ist mit Kosten verbunden. Da ich aber kein Geld hatte, nahm ich mir vor, folgende Methode anzuwenden. Ich wollte nach der Grenze gehen und mich festnehmen lassen, dann wäre ich schon über die Grenze befördert worden. Ein deutscher Wirth, ein achtbarer Mann, ging aber mit mir nach dem Rathhaus und stellte den Beamten vor, daß es dem Staate noch theurer zu stehen käme, wenn sie mir den Paß nicht kostenlos visirten. Daß dies in der That unentgeltlich geschehen ist, habe ich nur dem persönlichen Einfluß des Wirthes zuzuschreiben.

Wir fahren nun mit einem Dampfer auf der Weichsel nach Thorn; unterwegs werden die Pässe zwei Mal kontrollirt, einmal russischer, das andere Mal deutscherseits. Nun haben wir wieder deutschen Boden unter den Füßen und durchkosten auf deutsche Art die Leiden der Arbeitslosigkeit weiter. . . .

Will man den Charakter von Rußisch-Polen in einem Urtheil über Land und Leute zusammenfassen, so ist das nicht so leicht. Da, wo ich meine Erfahrungen sammelte, kann das Urtheil kein günstiges sein. Ich gebe gern zu, daß es kein generelles und vor Allen nur ein ganz subjektives ist. Aber ich habe die Ueberszeugung, daß Rußland von Polen ebenso verschieden ist, wie etwa Deutschland von Frankreich. Der Durchschnittspole hat meiner Meinung nach keinen festen

Charakter, ich habe keine edlen Züge in und an ihm finden können. Es ist eine verkommene Nation, an deren Wiederaufrichtung ich, ganz abgesehen von der politischen Möglichkeit, nicht glaube, weil es ihr an innerer Kraft, an edlen und großen Zielen fehlt. Ob daran die lange Zeit der politischen Unterdrückung schuld ist, kann ich nicht sagen. Jedenfalls hatte ich früher von dem Nationalcharakter der Polen eine bessere Meinung, als ich sie jetzt noch haben kann. Dagegen ist der Ruße ein „feiner Kerl“ — sympathisch in seinen Gesichtszügen, seinem Auftreten und seiner Gestalt. Der Ruße hat auch edle Charakterzüge, er ist gastfreund-schaftlich und duldsam, sein Blick ist auf das Große gerichtet — er strebt vorwärts. Freilich, der Bauer, der gewiß dieselben Eigenschaften, aber noch unentwickelt, besitzt, lebt in dumpfer, über, geistloser Späthe. Wirb aber durch Bildung des Geistes sein Bewußtsein geweckt, so wird bei ihm mit elementarer Gewalt das Verlangen und Streben nach höherer Zivilisation, nach Kultur durchbrechen.

Auf der ganzen Strecke habe ich nur einen betrunkenen Menschen getroffen, der Schnaps ist Monopol geworden, daher theurer und wird nicht mehr so viel konsumirt. Das Wanderleben ist in Rußland nicht Sitte, auch eine Unterstützung geben die Meister nicht. Es liegt das daran, weil Rußland in der Entwicklung zur Industrie nicht dieselben Wege wie Deutschland gegangen ist. In Rußland hat sich das Handwerk nicht in der „künftigen“ deutschen Weise entwickelt. Die in schnellem Tempo reif gewordene Großindustrie

hat die Grund- und Bodenpreise rasch in die Höhe getrieben und in den größeren Städten eine Wohnungsnoth geschaffen, wie sie selbst in Deutschland nicht anzutreffen ist. Dazu kommt, daß die Baumaterialien sehr knapp und theuer sind. Eine Stube von ungefähr sechzehn Quadratmeter dient oft drei Familien zur „Wohnung“. Der russische Rubel besitzt ungefähr die Kaufkraft eines deutschen Thalers. Die Lohnschwankungen innerhalb ein und derselben Branche sind sehr groß; so werden zum Beispiel drei bis zwanzig Rubel bezahlt. Die Arbeitszeit ist im Allgemeinen länger als in Deutschland, meist werden elf Stunden, vielfach aber auch zwölf und dreizehn Stunden gearbeitet. Und doch, so wunderbar es auch klingen mag: Rußland hat ein Gesetz, das eine Maximalgrenze für die Arbeitszeit festsetzt. In der Landwirtschaft wird viel mit Maschinen gearbeitet, die sich sehr gut anwenden lassen, da der Boden flach ist.

Große Strecken Landes liegen noch öde und unbekannt da, die bei Urbarmachung einen guten Gewinn versprechen. In Rußisch-Polen sieht man das schon weniger. Mit drei bis vierthalb Rubel reicht man aus, gute Kost und Logis zu bezahlen; es ist also billig auszukommen.

Wir sind wieder in Deutschland. Es wird vorläufig das Beste sein, erst die russische Sprache zu lernen und zu gelegener Zeit nach dem wirklichen Rußland, nicht nach dem „polnischen“, aufzubrechen. Hier hat man immer noch mehr Aussicht, vorwärts zu kommen, als da, wo die Industrie schon den Höhepunkt der Entwicklung erreicht oder gar überschritten hat.

einige Vereine dieser Gruppe die entsprechenden Ziffern pro 1900 nicht zu erlangen waren. Da sonach die Mitgliederzahl dieser Gruppe sich leicht um 4000 bis 5000 erhöhen könnte, so würden also im Jahre 1900 rund eine Million Arbeiter gewerkschaftlich organisiert gewesen sein, von denen nahezu sieben Zehntel der modernen Arbeiterbewegung angehören. Gegenüber dem Anfang des vorigen Jahrzehnts ein schöner Erfolg. Zwar deuten mehrfache Anzeichen darauf hin, daß im laufenden Jahre eine gleiche Zunahme an Mitgliedern nicht zu erhoffen, sondern ein Stillstand zu verzeichnen sein wird; selbst ein vorübergehender Rückgang ist nicht ganz ausgeschlossen, da am Jahresabschluss 1900 bereits 11 Organisationen einen Mitgliederstand unter dem Jahresdurchschnitt aufwiesen. Doch ist diese Erscheinung nicht mehr so beunruhigend wie anfangs der neunziger Jahre, da seitdem fast sämtliche Organisationen so weit erstarkt und durch innere Einrichtungen befestigt sind, daß eine Mitgliederflucht wie damals nicht mehr zu befürchten ist.

Von den einzelnen Zentralverbänden hat der Metallarbeiterverband als erster und einziger die Zahl von 100 000 Mitgliedern überschritten, er zählt 100 762 Mitglieder, selbst keine der englischen Unions vermag ihm eine so hohe Mitgliederziffer zur Seite zu stellen. Ihm folgen die Verbände der Maurer mit 82 964, Holzarbeiter 73 972, Bergarbeiter 36 420, Textilarbeiter 34 333, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter 30 847, Buchdrucker 28 838, Zimmerer 25 272, Schuhmacher 19 288, Tabakarbeiter 18 500, Bauarbeiter 17 901, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 17 006, Schneider 15 639, Hafnarbeiter 11 414, Brauer 11 410, Maler 10 906, Buchbinder 10 447, Steinarbeiter 10 000, Porzellanarbeiter 9280, Former 9153, Glasarbeiter 7101, Töpfer 6831, Lithographen und Stein drucker 5811, Maschinisten und Heizer 5600, Böttcher 5582, Schmiede 5500, Lederarbeiter 4799, Bäcker 4585, Bildhauer 4543, Tapezire 4437, Steinseher 4195, Gemeindebetriebsarbeiter 4030, Sattler 3927, Werftarbeiter 3543, Kupferschmiede 3432, Handschuhmacher 3425, Dachdecker 3169, Seelente 2898, Glaser 2772, Putzmacher 2629, Stuckateure 2250, Schiffszimmerer 2009, Müller 1596, Gastwirthsgehilfen 1470, Buchdruckereihilfsarbeiter 1452, Vergolder 1352, Graveure und Ziseleure 1189, Zigarrenfortirer 1034, Rauchwaarenzurichter (Rührer) 900, Konditoren 786, Handlungsgehilfen 750, Barbieren 463, Lagerhalter 436, Bureauangestellte 404, Formstecher 384, Gärtner 358, Fleischer 254 und Masseure 179.

Beurtheilt man die Stärke einer Organisation nach dem Prozentverhältniß der Berufsangehörigen, soweit dieselben als organisationsfähig in Betracht kommen, so gehörten von den nach der 1895er Gewerbeählung in den zentralorganisierten Berufen beschäftigten 4 503 356 Arbeitern (ausschließlich der Lehrlinge und der Arbeiter unter 16 Jahren) 15,10 Proz. den Zentralverbänden an. Bei den männlichen Arbeitern erhöht sich dieses Verhältniß auf 17,88 Proz., bei den Arbeiterinnen vermindert es sich dagegen auf 2,76 Proz. Die einzelnen Verbände umfaßten von organisationsfähigen Berufsangehörigen: Buchdrucker 90 Proz., Bildhauer 75,71, Handschuhmacher 57,73, Kupferschmiede 56,92, Glaser 47,87, Tapezire 40,38, Maurer 36,57, Hafnarbeiter 36,50, Schiffszimmerer und Werftarbeiter 36,41, Lithographen und Stein drucker 36,34, Porzellanarbeiter 31,57, Stuckateure 31,14, Töpfer 31,10 Metallarbeiter 30,97, Brauer 28,70, Buchbinder 28,64, Holzarbeiter 27,34, Vergolder 27,21, Böttcher 26,73, Zimmerer 24,93, Formstecher und Graveure 24,08, Dachdecker 23,92, Glasarbeiter 23,23, Gemeindebetriebsarbeiter 23,12, Putzmacher 21,18, Tabakarbeiter und Zigarrenfortirer 19,09, Rauchwaarenzurichter 19, Schuhmacher 18,28, Maler 18,25, Former 18,05, Sattler 16,08, Seelente 14,49, Lederarbeiter 14,32, Buchdruckereihilfsarbeiter 14,13, Steinseher 12,36, Steinarbeiter 11,01, Schneider 10,80, Bergarbeiter 10,01, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 9,55, Fabrikarbeiter 8,93, Konditoren 8,88, Bäcker 6,70, Textilarbeiter 6,32, Schmiede 6,25, Bauarbeiter 5,46, Müller 3,61, Barbieren 3,15, Gastwirthsgehilfen 0,74, Gärtner 0,63, Fleischer 0,49 und Handlungsgehilfen und Lagerhalter 0,45 Proz.

Da im vorigen Jahre dieser Berechnung die Zahlen der Berufsählung zu Grunde gelegt waren, die in mehrfacher Hinsicht unzuverlässig waren, so sind die diesjährigen Verhältnißziffern mit denen des Vorjahres leider nicht vergleichbar. Auch die Zahlen der Gewerbe- (Betriebs-) zählung erscheinen zwar nicht völlig einwandfrei und außerdem liegen beide Zählungen um fünf Jahre zurück. Solange indessen kein neueres und zuverlässigeres Material zur Verfügung steht, ist die Benutzung der Ergebnisse der erwähnten Zählung, wenn auch mit den gebotenen Einschränkungen, nicht zu umgehen. Einen Rückgang an Mitgliedern weisen nur 4 Organisationen auf, nämlich die Barbieren (um 412), Lederarbeiter (570), Stuckateure (500) und Textilarbeiter (3284). Bei den Barbieren trugen Vernachlässigungen in der Zentralverwaltung, bei den Lederarbeitern unglückliche Streiks, bei den Stuckateuren Abspaltungen zu Sondervereinen die Schuld, während die bedeutende Abnahme im Textilarbeiterverband speziell auf das Konto der wirtschaftlichen Krisis zu setzen ist. Die größten absoluten Zunahmen gegen 1899 weisen die Metallarbeiter (15 749), Holzarbeiter (11 402), Bauarbeiter (8752), Maurer (8429), Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (8276) und Fabrikarbeiter (8255) auf, während prozentual am meisten gegen das Vorjahr stiegen die Glasarbeiter (95,72 Proz.), Schmiede (64,17 Proz.), Gemeindebetriebsarbeiter (56,56 Proz.) und Handlungsgehilfen (50 Proz.). Daß die absolute Zunahme der Letzteren nur 250 beträgt, wird ihre Benutzthung über den Fortschritt nicht vermindern, da ihre Organisation mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um die Handlungsgehilfen den gewerkschaftlichen Arbeitertruppen zuzuführen.

Die Organisationsziffern der weiblichen Arbeiter schwanken in den 21 Verbänden, die weibliche Mitglieder aufweisen, zwischen 0,10 Proz. (Handlungsgehilfen und Lagerhalter) und 22,50 Proz. (Buchbinder) der Organisationsfähigen. Den Letzteren kommen nur die Schuhmacher (20,31 Proz.), Buchdruckereihilfsarbeiterinnen (12,15 Proz.), Metallarbeiter (11,37 Proz.) und Tapezire (10,57 Proz.) nahe. Auf dieser Seite der Gewerkschaftsbewegung muß sich noch Vieles bessern, wenn die Theilnahmslosigkeit der Arbeiterinnen nicht die Errungenschaften der Organisationen gefährden soll. Aber wer sich der Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wohl bewußt ist, der wird auch die geringen bisher erzielten Fortschritte nicht unterschätzen. Mögen bessere Erfolge auch noch der zukünftigen Arbeit vorbehalten bleiben, so ist doch in einzelnen Berufen schon die dauernde Grundlage für die weibliche Organisation gewonnen, auf welcher ohne Unterlaß weitergebaut werden kann.

Gleiso erfreulich wie die Mitgliederzunahme, gestaltete sich auch die finanzielle Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, deren statistischen Ergebnisse in einem zweiten Aufsatz dargestellt werden sollen. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Berlin. Am Mittwoch den 14. August tagte im Gewerkschaftshaus hierselbst eine öffentliche Versammlung der in Buchbinderei und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Widerstandsfonds; 2. Bericht der Delegirten der Gewerkschaftskommission; 3. Bericht des Innungsausschusses; 4. Verschiedenes. Nach Eintritt in die Tagesordnung führt Kollege Max Hoffmann aus: Der Widerstandsfonds hat im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht, die Bewegung war vor der Thüre; auch noch während der Bewegung wurde gut gesammelt. Jedoch daburd, daß die Extrasteuer ausgeschrieben wurde, war es mit den Sammlungen für den Widerstandsfonds vorbei. Der Kassenbestand betrug am 12. November 1900 5442,08 Mark. Auf Listen gingen noch ein 674,85 Mark. Für Zinsen 133,26 Mark., in Summa 6250,19 Mark. Dem gegenüber steht eine Ausgabe von 11,20 Mark. Verbleibt ein Bestand von 6238,99 Mark. Die Sammlungen scheinen auch jetzt, nachdem der Extrabeitrag gefallen, nicht wieder florieren zu wollen, deshalb empfehle er den Antrag der Revisoren des Widerstandsfonds anzunehmen. Der Antrag lautet:

1. Der Widerstandsfonds der Buchbinder Berlins wird gemäß dem Antrag der Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes aufgehoben.

2. Der Zahlstelle Berlin obigen Verbandes wird der Betrag von 6200 Mark. als Fonds für Lohnbewegungen in der Buchbinderei und verwandten Branchen überwiesen.

3. Der Restbetrag des Widerstandsfonds in Summa 38,99 Mark., sowie die noch ausstehenden Listen werden der Bibliothek der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes übergeben mit dem Auftrage, zu versuchen, die Listen einzutreiben.

Kassier und Revisoren des Widerstandsfonds.

Brückner wendet sich gegen den Antrag. Er wünscht, daß die gesammte Summe dem Verband respektive der Zahlstelle Berlin überwiesen werde und stellt folgenden Antrag: Die am 14. u. s. w. beschließt: Der Widerstandsfonds wird mit dem heutigen Tage als aufgelöst erklärt und der Bestand der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Buchbinderverbandes überwiesen, welche den Betrag laut Generalversammlungsbeschluss vom 22. Mai dieses Jahres als gesonderten Fonds zu verwalten respektive zu verwenden hat.

Paul Hoffmann bemerkt: Da der Widerstandsfonds aufgelöst werden soll, sei es wohl gut, eine Uebersicht über sämtliche Einkünfte aufzunehmen. Am 12. März 1899 betrug das Vermögen 794,85 Mark., am 15. Oktober 1315,44 Mark., am 7. Juni 1900 2039,12 Mark., am 12. November 5442,18 Mark. Also erst in der Zeit der Lohnbewegung waren wesentliche Einkünfte zu verzeichnen. 63 Listen stehen noch aus. Zu holen ist jedoch auf diese nicht mehr viel. Zum Theil stehen manche schon Jahre aus. Er bittet, den Antrag der Revisoren anzunehmen. Dem Vorstand bleibt nicht so viel Zeit zum Eintreiben der Listen übrig, während die Bibliothekskommission immer Jemand unterwegs habe.

Schulze ist der Ansicht, daß, da der Fonds öffentlich gesammelt, auch öffentlich verwaltet werden müsse. Eine Ueberweisung an die Zahlstelle Berlin wäre ein Schlag ins Gesicht für Diejenigen, die im vollen Vertrauen, daß dieser Fonds öffentlich bleibe, dazu beigetragen haben. Wohl könne man die Sammlungen zum Fonds schließen, jedoch wenn es einmal zum Verbrauch des Fonds käme, so müßten Diejenigen, welche dazu beigetragen haben und zuerst der Unterstützung bedürftig sind, auch aus diesem Fonds erhalten. Früher sei der Fehler schon öfter gemacht worden, nun das Vertrauen wieder getäuscht werde, müßte man es sich ein zweites Mal überlegen, zu einem solchen öffentlichen Fonds beizutreten.

Zu dieser Sache sprechen noch die Kollegen Lent, Sommer, Krause, Bergmann, Bytomski, Brückner, Schumacher und Böffler. Es handelt sich hierbei hauptsächlich darum, ob dieses Geld eventuell auch zur Unterstützung anderer Gewerkschaften benützt werden dürfe, oder lediglich für Streitfälle der in Buchbinderei und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Desgleichen wird der Ansicht des Kollegen Schulze entgegengetreten.

Dem Kassier des Widerstandsfonds wird Decharge erteilt. Der Beschluss, den Widerstandsfonds aufzulösen, wird mit großer Mehrheit gefaßt und der Antrag Brückner angenommen.

Zum zweiten Punkte erstattet Brückner den Bericht der Gewerkschaftskommission für die verfloffenen 3 Monate. Hervorgehoben wird die Bewegung der Tabakarbeiter, der Boykott der Nordhäuser Tabakfabrikate, sowie der Ausstand der Glasarbeiter, desgleichen ein der Gewerkschaftskommission gehaltener Vortrag über die Bestrafung des Streikpostenstehens. Danach könne Bestrafung auf Grund des § 132 des Straßenreglements immer erfolgen, wenn es sich um Streiks zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt. Eine Bestrafung des Postenstehens bei Streiks, wo es um Maßregelung oder Abänderung sonstiger Mißstände handelt, wäre eine Bestrafung nur möglich auf Grund des Grebennutzungsparagraphen. Der Vortrag hatte sich durch die kolossalen Strafmandate, welche beim Streik der Buchbinder und der Schuhmacher eingingen, notwendig gemacht.

Kollege Jost giebt den Bericht vom Innungsausschuß sehr ausführlich. Es ist minimal was im Innungsausschuß erreicht werden kann. Immerhin ist es von Vortheil, daß die organisierte Gesellenshaft ihre Vertreter in diese Korporation sendet. In der konstituierenden Versammlung vom 3. April wurden die Unterabteilungen des Innungsausschusses gewählt, ferner der Ausschuß für das Lehrlingswesen, sowie der für das Herbergswesen. Letzterer beschäftigte nach Zusammentritt des Gewerkschaftshaus respektive die Herberge desselben und fand alles schön und gut. Allein als in der beschlußfassenden Sitzung die Herberge bestimmt werden sollte, kam von Seiten der Meister der Einwurf, daß

eine monarchische Zünngung unmöglich die Gehilfen nach der Herberge des Gewerkschaftshauses weisen könne. Es wurde ein Vermittlungsantrag: es Jedem zu überlassen, wo er übernachten wolle, angenommen. Das Wichtigste für uns in der Zünngung sei das Schiedsgericht und das Lehrlingswesen. Vor dem Schiedsgericht haben sich die Klagen von 360 des Vorjahres auf fast 1200 im Berichtsjahr gesteigert. Für das Lehrlingswesen besteht ein Prüfungsausschuß. Dieser hat es sich zur Pflicht gemacht, streng darauf zu achten, daß die Lehrlinge auch nach absolvierter Lehrzeit mit den nötigen Fachkenntnissen ausgestattet sind, und denjenigen Meistern, welche dieser Pflicht nicht nachkommen, eventuell das Recht, Lehrlinge zu halten, abzuspriechen. Die Fachschule balanciert mit einem Etat von 5955 M. Es wirken an derselben 9 Lehrer. Im Sommerhalbjahr beteiligten sich 104 Schüler, darunter 14 Gehilfen. Im Winterhalbjahr 149 Schüler, davon 29 Gehilfen.

Kollege Wähler schildert noch einige Verhandlungen vor dem Zünngungsschiedsgericht, die dort ziemlich trocken und leblos vor sich gehen, auch sind dieselben von untergeordneter Bedeutung.

Nachdem noch Scherwart und Sommer zu dieser Sache gesprochen haben, erfolgt Schluß der Versammlung.

Berlin. Am 27. August fand hier eine öffentliche Versammlung der Galanterie- und Lederarbeiter statt.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung hielt der Reichstagsabgeordnete Herr Wolfgang Heine einen Vortrag über: „Die persönliche Freiheit, ihr Schutz und ihre Begrenzung durch das Gesetz“, der nach anderthalb stündiger Dauer mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde der Streik bei der Firma Rau behandelt. Kollege Scholz giebt einen kurzen Ueberblick des bereits 4 Wochen währeren Ausstandes, bei dem sich auch wieder ein großer Theil Arbeitswillige gefunden haben, die es der Firma, wenn auch nur theilweise, ermöglichen, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Berechtigtes Aufsehen erregt die Mittheilung des Branchenvertrauensmanns, daß Kollege Arno Schulz vom Portefeullerverband im Namen desselben bei der Firma Rau vorstellig geworden sei, um Erkundigungen über die eigentlichen Ursachen des Streiks einzuziehen und dabei habe durchblicken lassen, daß der Streik ungerechtfertigt sei und man der Firma bei Besetzung der Plätze keine Schwierigkeiten von Seiten des Portefeullerverbands bereiten würde. Es wird gleichzeitig ein Schreiben des Ortsbevollmächtigten des Portefeullerverbands verlesen des Inhalts, nicht den ganzen Verband für die Handlungsweise eines Einzelnen verantwortlich machen zu wollen, da Schulz schon das Eingeständnis gemacht, eigenmächtig vorgegangen zu sein. In der folgenden sehr lebhaften Debatte werden dem auch anwesenden Kollegen Schulz, und nicht zum Mindesten von den anwesenden Mitgliedern des Portefeullerverbands, gehörig die Federn gerupft und sein Verhalten allenthalben als unter aller Kritik stehend bezeichnet.

Nach Schluß der Debatte gelangt noch eine Resolution zur Annahme des Inhalts, daß der Streik ungeschwächt fort dauert und den Ausständigen moralische und pekuniäre Unterstützung zugesichert wird. Hierauf Schluß der schwach besuchten Versammlung.

Müggeln b. P. In der ersten größten, seit vielen Jahren schon bestehenden Luruskartenfabrik von Paul Schö (Altiengellschaft), früher in Dresden, jetzt nach Müggeln b. P. übergesiedelt, hat sich nun endlich seitens der Arbeiterschaft ein Arbeiterausschuß gebildet und zwar aus 5 organisierten Arbeitern, darunter 2 BerufsKollegen von uns und 3 verwandten BerufsKollegen.

Es wäre zu wünschen, daß in Dresden alle diesem Beispiel folgen mügen, denn es giebt da noch viel Fabriken in unserer Branche ohne Arbeiterausschuß, ja sogar ohne organisierte Arbeiter.

Kiel. Die hiesige Zahlstelle hielt am Sonnabend den 24. August eine öffentliche Buchbinderversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Verschiedenes.

Ueber obiges Thema referirte Kollege Schlegel aus Hamburg. Der Referent gab in seinem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag einen Ueberblick über die Verkürzung der Arbeitszeit, speziell in der Buchbinderbranche.

Nach kurzer Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die am 24. August im Lokal des Herrn Ahrens tagende öffentliche Buchbinderversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, dahin mitzuwirken, um eine Verkürzung

der Arbeitszeit in den hiesigen Buchbindereien herbeizuführen. Da nur durch eine starke Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden können, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, seiner Organisation beizutreten. Das Bureau der heutigen Versammlung wird deshalb beauftragt, in nächster Zeit Schritte zu unternehmen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte zu verbessern.

Die Versammlung, welche sehr gut besucht war, hatte mehrere Aufnahmen an Mitgliedern zu verzeichnen.

Kassel. Leider erscheint der Bericht unserer am 21. Juli stattgefundenen Generalversammlung aus verschiedenen Gründen etwas verspätet, doch wohl noch nicht zu spät.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Erswahl zur Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.

Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Eberhardt ersehen wir, daß unsere Zahlstelle, deren Mitgliederzahl hauptsächlich durch die Extrasteuer auf 15 zurückgegangen war, es im letzten Quartal auf die höchste von uns erreichte Mitgliederzahl von 44 brachte. Ferner streifte Kollege Eberhardt noch die Verhältnisse und Vorgänge in Hofgeismar, worüber in vorlehter Nummer ja eingehend unter „Hofgeismar“ berichtet wurde.

Auf Antrag der Kollegen in Hofgeismar wurde Kollege Seibert nach § 14 b aus dem Verband ausgeschlossen, sowie dem Kollegen Herrfurth die Maßregelungsunterstützung gewährt.

Dem Kassenbericht des Kollegen Glauser zufolge betrug die Einnahme der Verbandskasse 153,17 M., der eine Ausgabe von 127,17 M. gegenübersteht. An die Zentralkasse wurden 61,47 M. abgesandt. Die Lokalkasseneinnahme beträgt mit Bestand vom vorigen Quartal 29,83 M., die Ausgabe 18,10 M., mithin ein Bestand von 11,73 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier Decharge erteilt. Wegen Abreise des Kollegen Eberhardt, der in die Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ eingetreten ist, schritt man zur Neuwahl eines Bevollmächtigten, als welcher Kollege König gewählt wurde und Kollege Gutenberg als Beisitzer.

Nach den Abschiedsworten des Kollegen Eberhardt, worin er zu ferneren treuen Zusammenhalten ermahnte, damit auch in Kassel bessere Verhältnisse herbeigeführt werden können, wurde ihm der Dank für die Grünbung und Leitung der Zahlstelle ausgesprochen, und mit einem dreifachen Hoch die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 31. August fand im Pantheon eine öffentliche Versammlung der Buchbinder mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht und Abrechnung der Tariffkommission bzw. Tariffschiedsgericht. 2. Neuwahl der Tariffkommission bzw. Tariffschiedsgerichts. 3. Gewerkschaftliches. Zu Punkt 1 gab Kollege Pfüge den Bericht der Kommission. Es fanden statt 5 Schiedsgerichtssitzungen, 39 Kommissionssitzungen, 25 Werktribunenversammlungen und 3 öffentliche Versammlungen. Daß so wenig Tariffschiedsgerichtssitzungen stattgefunden haben, liegt lediglich daran, daß nicht alle Tariffurchbrechungen der Kommission gemeldet wurden; es wird erlucht, dies in Zukunft zu thun. Redner streifte in kurzen Worten die neueingeführte Geschäftsordnung. Im Weiteren kommt derselbe auf die Vorkommnisse der Firma Schlaiz zu sprechen. Auf Grund der Maßregelungen unserer Verbandsmitglieder durch genannte Firma wurden die Kollegen Pfüge und Wochele beauftragt, in dieser Angelegenheit bei den Firmeninhabern vorstellig zu werden. Im Laufe der Verhandlungen sollen folgende Äußerungen von Seiten der zwei Kollegen Pfüge und Wochele gethan worden sein: Wir werden dafür sorgen, daß der Schymanz Stenzel wieder rausfliegt, daß Stenzel in Leipzig keine Arbeit mehr erhält, wir würden ein wachsameres Auge auf denselben haben. (Stenzel ist ein Kollege, welcher seit Kurzem bei der Firma Schlaiz in Arbeit steht.) Diese Äußerungen, welche ihm von seinem Prinzipal Herrn Alfred Schlaiz mit den einleitenden Worten „Die Tariffkommission hat sie aber gefressen“ gefolgt wurden, brachte Kollege Stenzel in einer darauffolgenden Werktribunenversammlung zur Verlesung. Kollege Pfüge und Wochele waren zu dieser Versammlung eingeladen. Schon in derselben wurde unter den schwersten Beleidigungen für Denjenigen, der diese Äußerung dem Kollegen Stenzel ins Ohr geblasen hat, dieselbe von Seiten des Kollegen Pfüge zurückgewiesen. Als sich hierauf Niemand regte, wurde Kollege Stenzel zu dieser öffentlichen Versammlung eingeladen und sei hier im Nachfolgenden der Brief erwähnt, welchen derselbe vor Beginn der Versammlung der Kom-

mission zusandte, jedenfalls wird der Brief beitragen, um die Kollegen Pfüge und Wochele zu rehabilitieren.

„Da ich zur Versammlung nicht erscheinen kann, so bringe ich der Tariffkommission zur gefälligen Kenntniß, daß ich meinen Chef noch an demselben Tage Nachmittags gefragt habe, ob Kollege Pfüge und Wochele die Äußerung gethan haben, so gab mir Herr Alfred Schlaiz zur Antwort, der Buchhalter habe ihm dieses mitgetheilt. Dann würde lediglich die Schuld nur den Buchhalter treffen.“

Ich hätte das Resultat der Kommission mitgetheilt, aber ich habe die Äußerungen dann nicht ernst genommen, da mir Kollege Pfüge versichert hat, daß es nicht an diesem ist. Ich hoffe, daß sich die Kommission damit beruhigen wird. Beweis: Eib.“

Schröder als Kassier gab die Abrechnung bekannt; es wurde demselben Decharge erteilt. Galtich befragt eingehend den Fall Schlaiz, er nimt mit die Kollegen Pfüge und Wochele insofern in Schutz, als dieselben als nüchterne und gewissenhafte Kollegen bekannt sind, denn mit herartigen Äußerungen würden sie nur das Ansehen der Organisation gefährdet haben. In die Kommission wurden die Kollegen Pfüge, Schröder, Meyer, Wibel, Wienholdt und Brandt, als Ersatzleute Beutert und Pohl gewählt. Thielemann-Berlin ergreift unter Gewerkschaftlichen das Wort und ersucht in seinen Ausführungen, daß die Kollegen die Kommission mehr unterstützen möchten, damit dieselbe mehr Freude an der damit verbundenen Arbeit hätte, und damit bei einer eventuellen Neuwahl alle Kollegen dies Amt mit Freude annehmen. Schmale kommt auf die Organisation der Mädchen zu sprechen und betont, daß die Indifferenz der Leipziger Kolleginnen lediglich darin zu suchen sei, daß die Arbeiterin hier am Orte nicht so frühzeitig auf eigene Füße gestellt wird, wie z. B. in Berlin. Krause-Berlin appellirt an die jüngeren Kollegen, dieselben sollen sich mehr den gewerkschaftlichen Arbeiten widmen, um den eventuellen Ersatz, der bei Abgang leitender Kollegen nötig ist, ersetzen zu können, daselbst legt er auch den Kolleginnen ans Herz. Galtich fordert deshalb die anwesenden Kolleginnen auf, endlich einmal dafür Sorge zu tragen, daß die Indifferenzen der Organisation zugeführt werden. Bergmann unterzieht die sehr mißlichen Lehrlingsverhältnisse einer eingehenden Kritik, in welcher hervorgehoben wird, daß die angefertigten Gesellenstücke, welche zur Begutachtung der Zünngung vorgelegt werden, zum größten Theil vom Werkführer und anderen Personen hergestellt werden. Hierauf ersucht Galtich die Anwesenden, den Gesellenausschuß von allen derartigen Vorkommnissen in Kenntniß zu setzen, um hier gehörig Remedeur schaffen zu können. Galtich beleuchtet des Näheren die Lehrlingszuchterei in der Firma Schlaiz und weist darauf hin, zu welchen Ausartungen eine solche einseitige und en gros betriebene Ausbildung der Lehrlinge führen muß; diejenigen Leute lernen eben nichts und sind in Folge dessen gezwungen, zum Theil in andere Berufe überzusiedeln oder zum Schmarober zu werden. Ueber eine Angelegenheit, die Kollegen der Firma Enders betreffend, wird zur Tagesordnung übergegangen und folgt hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Chemnitz. Unsere am 24. August abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: § 123 a und b der Gewerbeordnung; der Fall Langnickel vor dem Chemnitzer Gewerbegericht. Referent Kollege Ernst Merkel; Wahl eines Agitationskomitees; Verschiedenes.

Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes referirte Kollege Ernst Merkel in längerer Ausführung über den Fall Langnickel contra Nöhring, worüber in voriger Nummer ausführlich berichtet wurde. Im Verlauf seiner Ausführungen kam Referent auf ein Gegenurtheil zu sprechen, welches das Chemnitzer Gewerbegericht vor circa 2 Jahren fällte. In diesem hatte ein Arbeiter ohne Kündigung die Arbeit verlassen, weil ihn sein Arbeitgeber Pindvies, Hornvies oder ähnlich genannt hatte. Er wurde verurtheilt, die Arbeit wieder aufzunehmen oder Entschädigung zu zahlen. Diefem Antrag wurde stattgegeben mit der Begründung, daß die besagte Bescheinigung keine Beleidigung sei, die zur sofortigen Niederlegung der Arbeit berechtige. Auf Grund dieses Gegenurtheils geißelte der Referent in scharfer Weise diese Entscheidung des Chemnitzer Gewerbegerichts mit dem Hinweis, daß es nie und nimmer berechtigt sei, wider den Kollegen Langnickel ein derartiges Urtheil zu fällen. Es trifft Langnickel um so härter, da es gegen das Urtheil des Gewerbegerichts keine Berufung giebt. Er schloß seine interessanten Ausführungen mit dem

Hinweis darauf, daß jeder Kollege bei solch vorkommenden Fällen sich zuvor Rath und That holen soll, da wir ja in der glücklichen Lage sind, Mitglieder unter uns zu haben, die unentgeltlich Aufschluß zu jeder Zeit geben.

An der Diskussion beteiligte sich unter Anderem Kollege Bilz, der besonders als Gewerbegerichtsbesitzer den Vortrag weiter ausspannt; in seinen Ausführungen betonte er mehrmals, daß ein Gewerbegericht bei einer derartigen Zusammensetzung, wie es größtentheils der Fall sei, nichts für die Arbeiter Ersprießliches leisten könne, indem z. B. ein Barbier gegen einen Buchbinder zu Gericht säße, wo doch ersterer von letzterem Fachgegar nichts verstände. So lange hierin keine Aenderung geschaffen sei, so lange würden auch derartige Uebelstände weiter fortbestehen. Das Allerbeste seien Gewerbeämtern errichten, in denen solch ungleichmäßige Einrichtungen nie stattfinden könnten und das könne nur mit Hilfe einer starken Organisation in die Wege geleitet werden, darum sei es nötig, immer mehr und mehr Mitglieder für dieselbe anzuwerben.

Sobann wurde eine aus drei Mitgliedern bestehende Agitationskommission gewählt; derselben gehören die Kollegen Emil Schreiter, Reichel und Beschoner an.

Unter Verschiedenem kam der ablehnende Bescheid der Leipziger Kollegen betreffs Zusammenkunft aller organisierten Kollegen Sachsens auf dem Nechlitzer Berg zur Sprache. Deshalb wurde von dieser Partie dies Jahr abgesehen, dagegen einstimmig der Beschluß gefaßt, für die hiesige Mitgliedschaft ein Vergnügen in allernächster Zeit zu veranstalten und die weiteren Arrangements dem Gesamtvorstand zu übertragen.

Offenbach a. M. In unserer am 12. August abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Herm. Weinschild einen Vortrag über Björnsons: „Ueber unsere Kraft.“ Der Referent gab in nahezu dreistündigem Vortrag eine ausführliche, die Zuhörer interessirende Schilderung von Björnsons neuestem großen Drama. Lauter Beifall bekundete die Zustimmung der Versammelten. Eine Diskussion fand nicht statt.

Nachdem der Vorsitzende noch auf die Protestpetition gegen den Brotnacher aufmerksam gemacht und zugleich den Kollegen empfiehlt, sich recht zahlreich der Partei zur Verfügung zu stellen, schließt derselbe die von 50 Personen besuchte Versammlung.

Erlangen. Am 30. August fand eine ordentlich Mitgliederversammlung der hiesigen Zastelle statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Gewerbegerichtliches. 2. Die Tarifbewegung bei der Firma Jakob Weinmann, Portefeullefabrik hier. 3. Wird der Tarif eingehalten? 4. Heiteres und Ernstes aus meiner sechzehnjährigen Dienzeit. Vortrag vom Kollegen Hafentrichter. 5. Verschiedenes. Zunächst wurde Kollege Gary einstimmig als Beisitzer zum Gewerbegericht in Vorschlag gebracht, da derselbe dieses Amt schon 9 Jahre bekleidet und demzufolge mit den einschlägigen Gesetzen u. i. v. vertraut ist. Derselbe nimmt die Kandidatur dankend an. Das Gewerkschaftsartell schlägt vor, auf Kosten der Gewerkschaften einen Delegierten zum Verbandstag der Gewerbegerichte nach Lübeck zu entsenden. Die Versammlung beauftragt ihren Kartellbelegierten Kollegen Hafentrichter, in der nächsten Kartelltagung entscheidend dagegen zu sprechen und zwar aus finanziellen Gründen.

Hierauf berichtet Kollege Fehle, daß die Firma Jakob Weinmann, über welche seit ziemlich 1/2 Jahr wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt war, nach ihm geschickt und in Verhandlungen eingetreten sei. Diese sind zu befriedigendem Abschluß geführt worden. Die Firma hat sich schriftlich verpflichtet, den Tarif in seinem ganzen Umfang anzuerkennen, sowie zur Garantie, daß nichts mehr vorkommt, nur noch Verbandsmitglieder, gleichviel ob Gehilfen, Hilfsarbeiter oder Mädchen zu beschäftigen. In Folge dessen wird beschlossen, die Sperre aufzuheben. Zur Frage „Wird der Tarif überall streng eingehalten?“ fällt die Bemerkung, daß bei Zucker & Co. im Betrieb B Unregelmäßigkeiten vorkommen sollen; es sollen seitens der Verwaltung nähere Erhebungen gepflogen werden.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 54 Mitgliedern. Der Vorsitzende konstatiert dies mit Genugthuung und fordert die Anwesenden auf, nicht zu ermüden in der Agitation für den Verband, sowie auch für jede einzelne Versammlung, denn erfahrungsgemäß hat die persönliche Agitation den meisten Erfolg. Auch einige Neuaufnahmen geben Veranlassung, die Mitglieder auf ihre Pflichten, als organisierte Arbeiter aufs Neue aufmerksam zu machen.

Unter Verschiedenem geht der Vorsitzende bekannt, daß das Stiftungsfest mit Theater und Ball, sowie

Gesangsvorträgen schon am 21. September im Stocksaal stattfinden. Der Eintritt ist frei, Programm für Herren 20 Pf., für Damen 10 Pf. Die organisierten Kolleginnen erhalten Programme unentgeltlich. Die Gesamtmitarbeiterschaft Erlangens wird freundlichst eingeladen.

Für die Tabakarbeiter in Nordhausen sind 5 Mk. abgeschickt, die Sammlung für die Flaschenarbeiter ergab 17,10 Mk.

Nachdem Kollege Hafentrichter seinen Vortrag über Erinnerungen aus seiner sechzehnjährigen Dienstzeit bei einer hiesigen Firma zum Besten gegeben, die gar viel Beherzigungswertes und auch manches Heitere bot, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Berichtigung.

Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich Sie, den in Ihrer Nr. 34 gedruckten Artikel über meine Firma dahin zu berichtigen, daß sämtliche Arbeiter, mit Ausnahme eines einzigen, meine Fabrikordnung ohne jeden Widerspruch nach vorheriger Durchlesung und Besprechung unterschrieben haben und mußte ich daher annehmen, daß dieselbe von den Arbeitern gebilligt worden ist. Sämtliche Paragraphen sind schon bei meinem Vorgänger in Thätigkeit gewesen und nur zu dem einzigen Zwecke ist die alte Fabrikordnung, die noch mit der Firma Dbst bedruckt war, mit meiner Firma umgedruckt worden, um gesetzlicher Vorchrift zu genügen. Die Kündigung ist gesetzlich 14 Tage und betreffs der Strafen handelt es sich nur um unentschuldigtes Ausbleiben und kommen die Strafen den Arbeitern zu gute, auch werden solche von den Arbeitern selbst verwaltet. Ein Antrag um Abänderung der Fabrikordnung ist von keinem Arbeiter gestellt worden; im Gegentheil ist die frühere Arbeitsordnung zu Gunsten der Arbeiter in einigen Paragraphen verbessert und ersuche ich Sie, dem Steuer der Wahrheit Rechnung zu tragen.

Achtungsvoll! Willy Wagner.

Rundschau.

* Behufs Revision des deutschen Buchdruckertarifs sollen laut Bekanntmachung des Tarifamtes die Verhandlungen am 23. September beginnen. Theilnehmen daran werden die Prinzipale- und Gehilfenvertreter der Tarifreise, die Mitglieder des Tarifamtes, je ein Vertreter des Verbandes, des Gutenberghundes und Buchdruckervereins, sowie die Redakteure der Fachblätter und zur Verathung des Sechsmaschinentarifs Sachverständige von den Gehilfen und Prinzipalen. Die sehr umfangreichen Abänderungsanträge zur bevorstehenden Tarifrevision, die kürzlich publizirt wurden, betragen nach Angabe des „Correspondenten“ etwa das Sechsfache gegen das Jahr 1891. Sie setzen sich aus 341 Gehilfen- und 29 Prinzipalsanträgen, sowie 22 reaktionellen Anträgen des Tarifamtes zusammen. Von den Gehilfenanträgen hat Stuttgart die meisten, 93, gestellt, Leipzig ist mit 56, Berlin mit 26 aufgeführt u. s. f. Eine Erhöhung des Laufendpreises (Mkord) um 15 Prozent fordern 29 Orte, eine solche um 10 Prozent 66 Orte, eine Erhöhung des gewissen Geldes und des Minimums (Lohn) um 15 Prozent fordern 30 Orte, 10 Prozent 60 Orte; 4 Orte wollen das Minimum (ausschließlich Lokalaufschlag) auf 24 Mk. und Leipzig und ein Kreis auf 23 Mk. festgesetzt wissen. Lokalaufschläge werden von 169 Orten verlangt; von den 89 Orten, wovon selbst schon bisher Lokalaufschläge bestanden, verlangen 74 eine Erhöhung derselben. Ein Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich ist von 15 Orten gestellt. Dem gegenüber stehen die Anträge der Prinzipale, die vielfach eine Verschlechterung der bis jetzt schon bestehenden Verhältnisse bedeuten. So wird unter Anderem von den rheinisch-westfälischen Prinzipalen beantragt, bei der Lohnfestsetzung eine Mierskala aufzustellen, wonach Arbeitern bis zu 21 Jahren 21 Mk., von 22—25 Jahre 22 Mk. und über 25 Jahre 22,50 Mk. gezahlt werden soll. Da die Leistungsfähigkeit des Arbeiters nicht gleichmäßig mit seinem Alter steigt, so ist schon aus diesem Grunde ein solcher Antrag ungerecht und somit unannehmbar. Um Sonnabends eine unverzögerte Arbeitszeit zu ermöglichen, will ein Prinzipalsantrag die Zulassung, daß an den anderen Wochentagen die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden betragen kann, jedoch darf die wöchentliche Arbeitszeit nicht 54 Stunden überschreiten. Hiergegen wendet sich der „Correspondent“, indem er unter Anderem anführt: Eine Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden liegt mehr im Prinzipals- wie im Gehilfeninteresse, die Arbeitszeit soll täglich effektiv 9 Stunden betragen,

nicht wöchentlich 54 Stunden. Daran darf nicht gerüttelt werden. Die Prinzipale mögen hier den Gehilfen das kleine Zugeständniß machen und an Sonnabenden und Vorabenden von Feiertagen das Geschäft eine Stunde früher schließen, zudem die Gehilfenchaft bei der diesmaligen Tarifrevision Anträge aus einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit nicht gestellt hat. Aber die Rückkehr zur täglichen neunehnfünftündigen Arbeitszeit, wie es der genannte Prinzipalsantrag will, ist ausgeschlossen.

Mit gleicher Schärfe wird ein Antrag behandelt, der verlangt, daß die wirkliche Arbeit mit dem Anfang der Arbeitszeit zu beginnen und erst nach Ablauf derselben zu enden hat. Dieser Antrag bezweckt, daß der Gehilfe schon einige Minuten vor Beginn der Arbeit anwesend sein muß, um mit dem Stockenschlag anfangen zu können. Der „Correspondent“ meint, diesen Antrag können wir nur bedauern. Es ist seit vielen Jahrzehnten im Buchdruckgewerbe Usus gewesen, daß der Gehilfe als pünktlich galt, der mit dem Stockenschlag in der Druckerei anwesend war, und unseres Wissens hat sich damit die Prinzipalsität auch in den letzten fünf Jahren zufrieden gegeben. Warum jetzt diese unnötige Härte, die in letzter Linie durchaus nicht zum Vortheil der Prinzipale ausschlagen kann? Würden die Prinzipale wegen einer oder zwei Minuten auf ihrem Schiene bestehen, wären Repressalien unausbleiblich, gegen die sich jede Geschäftsordnung als machtlos erweisen würde. Eine Verbitterung unter den Gehilfen hervorgerufen, die in gar keinem Verhältniß zu dem in Frage kommenden Objekte steht, kann nicht im Interesse der Prinzipale liegen.

Neben diesen bringen noch einige andere Anträge eine Verschlechterung der bisher bestehenden Positionen, einer auch eine Verschlechterung der Lehrlingskassa. — Bei den jetzigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen werden die Gehilfenvertreter keinen leichten Stand haben bei den Beratungen, um ein zufriedenstellendes Resultat gegenüber den vielfachen Wünschen ihrer Mandanten diesen überreichen zu können.

* Im Zimmererverband ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch Abstimmung verworfen worden. Die Theilnahme an dieser Abstimmung war eine äußerst mangelhafte und wird die hierdurch bekundete Interessenlosigkeit der Mitglieder vom Vorstand scharf getadelt. Etwa 100 Zahlstellen mit 3000 Mitgliedern haben sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt. Von 378 Zahlstellen mit 23092 Mitgliedern stimmten 3577 für und 8183 gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Vorstand bemerkt zum Schluß:

„Wenn nun die Arbeitslosenunterstützung für diesmal auch abgelehnt wurde, so dürfte sie damit noch keineswegs gänzlich beseitigt sein. Wir sind vielmehr überzeugt, daß sich die Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer solchen Einrichtung bei den Mitgliedern rapid Bahn brechen wird. Möge jeder Anhänger der Arbeitslosenunterstützung in der Aufklärung dieser Frage nicht erlahmen, dann wird sie in nicht zu ferne Zeit zur Wahrheit werden.“

* Der Stand der Tabakarbeiterauspersung in Nordhausen ist unverändert. Im Kampfe stehen noch die Arbeiter der Firmen C. A. Kneiff, G. A. Hanevader, Berlin & Bona, F. C. Lerche, H. & R. Wittig, Rothard & Co., G. Redbersen, Salfeld & Stein.

Die Firma A. H. Thorbek & Co. in Mannheim ist nichts Anderes, als eine Deckadresse für G. A. Hanevader in Nordhausen. Es steht zu erwarten, daß ähnliche Manöver auch anderwärts gemacht werden. Man wolle daher von dem Austausch neuer Firmen stets das Streikkomitee sofort in Kenntniß setzen. Arbeiter Deutschlands! Unterstützt die Ausgesperrten in ihrem Kampfe. Konsumirt keine Fabrikate obiger Ringfirmen. Die Adresse des Streikkomitees lautet: Karl Döwald, Nordhausen, Schreiberstraße 10.

* Der Glasarbeiterkampf nimmt seinen Fortgang. In Nr. 34 des „Fachsengenossen“ quittirt der Vorstand des Glasarbeiterverbandes über den Eingang von 34.495,68 Mk. als Ergebnis der Sammlungen; einschließlich früher quittirter Gelder beträgt das Gesamtuntergebn bisher 299.589,17 Mk. Weitere Sendungen nimmt entgegen: G. Hamann, Berlin SO., Laufferstraße 26, 1. Etage.

* Die öffentlich-rechtliche Stellung der Erbes-Unions. Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat das Haus der Lords einen Entschluß gefaßt, welcher die englischen Gewerkevereine in eine sehr ungunstige Position bringt. Im letzten Jahre fand ein Streit der

Laff Bale Eisenbahnangestellten statt. Dabei sollen sich einzelne Mitglieder des Eisenbahnerverbandes als Streitposten Ausschreitungen haben zu Schulden kommen lassen. Die Eisenbahngesellschaft verlagte die Leiter der Gewerkschaft und die Gewerkschaft selbst und verlangte von ihr die Zurückziehung der Streitposten. Die Gewerkschaft machte dagegen geltend, daß sie nicht verantwortlich sei für Vergehen einzelner ihrer Mitglieder, daß sie überhaupt nicht eine Körperschaft sei, die Klagen und verklagt werden könne. Das Gericht wies jedoch diese Einwände zurück und verurteilte die Eisenbahnergewerkschaft. Der Verband appellirte hierauf an den Appellationsgerichtshof, der zu Gunsten der Gewerkschaft entschied. Darauf brachte die Eisenbahngesellschaft die Sache vor das Haus der Lords; dieses entschied zu Ungunsten des Gewerkschafters. Die auf Grund des Trades-Uniongesetzes von 1870 eingetragene Gewerkschaft sei eine gesetzlich anerkannte Körperschaft, die vor Gericht Klagen und verklagt werden könne. Es würde eine Anomalie sein, so heißt es in der Begründung des Urtheils, wenn Körperschaften, wie die Gewerkschaften, denen die Ermächtigung erteilt ist, eigenes Verstoßvergehen zu erwerben, Angestellte zu beschäftigen, Strafen zu verhängen, andererseits nicht durch das Gesetz verfolgbar wären. „Daily News“ neimen diesen Entscheid den wichtigsten der ganzen Session. In der That bedeutet dieses Urtheil: daß die Gewerkschaften für jeden Fehler, für jede Ausschreitung eines oder mehrerer ihrer Mitglieder verantwortlich gemacht und vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden können. Da das Haus der Lords oberstes Appellationsgericht für alle Klagen aus Schottland, Wales und Irland ist, so ist das obige Urtheil rechtskräftig. Sicher werden die englischen Gewerkschaften daraus Veranlassung nehmen, eine Aenderung dieses für sie völlig unhaltbaren Zustandes herbeizuführen, denn eine Gewerkschaft kann wohl die gemeinsam herbeigeführten und rechtmäßig zu Stande gekommenen Beschlüsse, nicht aber die Handlungen jedes einzelnen Mitgliedes, zu denen dieses nicht ausdrücklich bevollmächtigt war, vertreten und dafür haftbar gemacht werden. Im Allgemeinen zeigt dieses Urtheil jedoch, welche Schattenseiten die Eintragung der Gewerkschaften als juristische Personen mit sich bringt. Wenn dies selbst in England der Fall ist, wie viel mehr haben da die deutschen Gewerkschaften derartige Fußangeln zu fürchten.

Der Verbrauch an Holzstoff zur Herstellung von Papier für die amerikanischen Zeitungen ist so bedeutend, daß man schon Berechnungen darüber angestellt hat, wann die Wäldungen Kanadas und Sibiriens der Vergangenheit angehören werden. Um jede der größten Zeitungen in New York, Chicago und Philadelphia zu veröffentlichen, ist es nötig, jährlich bis zu 150000 Bäume zu fällen, was ein Terrain von etwa 10000 Hektar bedeutet. Die Weihnachtsausgabe einer Zeitung beanspruchte allein gegen 300000 Kilogramm Papier, wozu über 200000 Klöße der kanadischen Tannen herhalten mußten. Nun giebt es in den Vereinigten Staaten mehr als 20000 Zeitungen, deren Existenz von den kanadischen Gebirgen abhängig ist. Die Provinz Quebec allein liefert jährlich im Durchschnitt 500 Millionen Kilogramm Papier.

Briefkasten.

B. B. in D. Wiederholt habe ich darauf hingewiesen, daß ich in Verammlungsberichten Referate, die kein gewerkschaftliches oder Verbandinteresse haben, in längeren Ausführungen nicht bringe. Diesem Grundsatze muß ich mir treu bleiben, trotz Ihres lauter und strotz geschriebenen Berichtes. Eine so kurze Schilderung führt aber auch den Leser keineswegs in Björnsons großes Gesichtsbild ein, wollten wir das, so müßten wir aus dazu berufener Feder einen größeren Artikel bringen.

H. R. in R. Dergleichen Einwendungen bedürfen immer der Zustimmung des Ortsvorstandes, deshalb an diesen zur Begutachtung gesandt.

Teophil. So abgebraunt bist Du doch sicher von der Sängerschaft nicht nach L. gekommen, daß Du den Brief nicht mal frankiren konntest; ich mußte 20 Pf. Strafporto zahlen. Deshalb aber keine Feindschaft.

Zurückgestellt: Korrespondenzen aus Berlin und Dessau.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.
Hannover: B. Erle, Friedastraße 11 III.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungszahl.
Kottbus. Z. Oskar Kogur, Peterfilienstraße 24; von 12—1 und 7—8 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr.

Herausgegeben vom Verband durch A. Dietrich, Stuttgart.

Anzeigen.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Wittwoch den 11. September, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

Mitglieder-Versammlung.

- 488] Tagesordnung: [2,90
1. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über: „Die Heilwissenschaft der Zukunft“.
 2. Abrechnung von der Dampfer-Wohnschein-Fahrt.
 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Das vollständige Erscheinen der Mitglieder erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sonntag den 22. September, Nachmittags 4 Uhr

Urania-Vorstellung

in der neuen „Urania“, Taubenstr. 48/49.
Der Vortrag wird auf den zur Ausgabe kommenden Handzetteln bekannt gemacht.
Billets à 60 Pf. inkl. Garderobe sind von heute ab in den Zahlstellen, sowie im Bureau, Engel-Ufer 15, zu haben.

Achtung!

Zahlstelle Berlin.

Achtung!

Sonnabend den 14. September, Abends präzis 8 1/2 Uhr

Sonderfahrt
zum
Schützenfest
verbunden mit
Königsschiessen

nach
Klemmhausen b. Greifenberg a. d. Mopse

Auf dem großen, von lauschigen Lauben eingerahmten, circa 3 Millionen □-Centimeter fassenden Festplatz:

Grosses Tanzvergnügen.

487] Unweit davon, auf dem eigentlichen [9,40

„Jubel- und Trubel-Platz“

finden die geehrten Besucher: „Würfelbuden, Glücksrad — Schießbuden — Ein Mariätäten-Kabinet — Ein Extra-Kabinet“.

Die geehrten Festtheilnehmer werden höflich ersucht, dem Charakter des Festes entsprechend, im **Kostüm resp. in Sommertoilette** zu erscheinen.

Festtheilnehmer-Karten à 50 Pf. pro Person inkl. Tanz, sind noch in sämtlichen Zahlstellen, bei den Vertrauenspersonen, sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, zu haben.

Abendkasse findet nicht statt.

Die Zahlstellen sowie das Bureau bleiben an diesem Abend geschlossen.

Der Festausschuss.

Winkel, Lineale, Schienen,

Zirkel, Messer, Scheeren etc. empfiehlt
488] [1,00 **F. Klement, Leipzig.**

**Schneidemaschine,
Schriftkasten,
Glättzähne**

billigst zu verkaufen. [1,00
489a] **Stuttgart, Falkenstr. 29 A p.**

Verantwortl. Redakteur: Georg Schmidt, Sophienstr. 10 I. — Druck von F. S. B. Diez Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Zahlstelle Pforzheim.

Unlässlich unseres 12jährigen Stiftungsfestes findet am 8. September ein

Ausflug

484] nach [1,50
Unterreichenbach, Schömburg, Liebenzell
statt. Abmarsch Morgens präzis 1/8 Uhr vom Sedansdenkmal.

Hierzu sind die Kollegen freundlichst eingeladen. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Einzelmitglieder Leipzig.

Am Dienstag den 20. August verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied

Frau Marie Bäslack.

485] Ihre ihrem Andenken! [1,20
Der Bevollmächtigte.

Unserem werthen Kollegen und Vorstandsmitglied

Fritz Koch [0,80

zu seiner Abreise von hier nach Thüringen ein

„Herzliches Lebewohl!“

Zahlstelle Solingen-Wald.

in
**Louis Kellers
Festsälen**

Koppenstrasse 29.

Abfahrt der Züge ab Bahnhof Koppenstraße von 8 Uhr Abends an viertelstündlich.

Grosses Tanzvergnügen.

Unweit davon, auf dem eigentlichen [9,40

„Jubel- und Trubel-Platz“

finden die geehrten Besucher: „Würfelbuden, Glücksrad — Schießbuden — Ein Mariätäten-Kabinet — Ein Extra-Kabinet“.

Die geehrten Festtheilnehmer werden höflich ersucht, dem Charakter des Festes entsprechend, im **Kostüm resp. in Sommertoilette** zu erscheinen.

Festtheilnehmer-Karten à 50 Pf. pro Person inkl. Tanz, sind noch in sämtlichen Zahlstellen, bei den Vertrauenspersonen, sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, zu haben.

Abendkasse findet nicht statt.

Die Zahlstellen sowie das Bureau bleiben an diesem Abend geschlossen.

Der Festausschuss.

Weiß- & Bayerisch-Bierlokal

Empfehle allen Freunden und Genossen mein

nebst Vereinszimmer für 40 Personen und Franz. Billard. [2,00

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Gemüthlicher Aufenthalt. **Telephon Amt 4 n 6591.**

490] **Gustav Ladewig,**
Berlin, Kommandantenstraße 66,
Zahlstelle des Verbandes und der Hilfsrentenkasse.